

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Dr. André Hahn, Gökyay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke
– Drucksache 20/14882 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2024

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Linken regelmäßig erfragten ergänzenden Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die sonst kaum Beachtung finden. So ist wenig bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt als die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der formelle Entscheidungen des BAMF, die keine inhaltliche Bewertung des Schutzgesuchs enthalten, unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2022 auf einem Rekordhoch bei 72,3 Prozent, gegenüber der vom BAMF und der Bundesregierung verwandten (unbereinigten) Schutzquote in Höhe von 56,2 Prozent. Im Jahr 2023 lag die bereinigte Schutzquote bei immer noch hohen 68,6 Prozent (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 20/12228).

Zu den Anerkennungen durch das BAMF kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung im Asylverfahren hinzu. Mehr als die Hälfte der Klagen gegen das BAMF enden mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“, z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF erteilt wird. „Sonstige Verfahrenserledigungen“ erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, wie die wichtigsten betroffenen Herkunftsländer zeigen: Syrien, Afghanistan und der Irak. Auch wenn ein Gericht in Dublin-Fällen entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies als „sonstige Erledigung“ (vgl. Antwort zu Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 19/4961), obwohl den klagenden Asylsuchenden in diesen Fällen recht gegeben wurde. Die Bundesregierung räumte auf Nachfrage ein (vgl. Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/22023), dass „sonstige Verfahrenserledigungen“ der Gerichte keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungen des BAMF gewertet werden können.

Werden diese formellen Erledigungen außer Betracht gelassen und nur inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich nach Berechnung der Fragestellenden eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klageverfahren im Jahr 2023 in Höhe von 22,4 Prozent (2022: 36,5 Prozent). Die

vom BAMF angegebenen Aufhebungsquoten sind nur etwa halb so hoch, weil dabei sonstige Erledigungen wie eine Bestätigung der Bescheide gewertet werden. Bei afghanischen Geflüchteten lag die bereinigte Erfolgsquote im Klageverfahren 2023 sogar bei 74,2 Prozent, hohe Aufhebungsquoten gab es auch in Bezug auf Schutzsuchende aus dem Iran (54 Prozent), Venezuela (51,6 Prozent) und Pakistan (40,2 Prozent). Hinzu kommen Korrekturen durch das BAMF, die oft auf Anregung der Gerichte erfolgen oder auf geänderten Lageeinschätzungen beruhen. In absoluten Zahlen heißt das: 20 838 vom BAMF zunächst abgelehnte Asylsuchende erhielten im Jahr 2023 doch noch einen Schutzstatus, 9 131 durch Entscheidungen der Gerichte, 4 475 durch Abhilfeentscheidungen des BAMF, 6 278 im Rahmen von Folgeanträgen (weil neue Umstände vorlagen) und 954 aus „sonstigen Gründen“. All das zeigt nach Auffassung der Fragestellenden, dass die große Mehrheit der nach Deutschland kommenden Geflüchteten nach den geltenden rechtlichen Kriterien als schutzbedürftig angesehen werden muss.

Mitunter wird schutzbedürftigen Geflüchteten der notwendige Schutz versagt, denn nicht gegen alle fehlerhaften Ablehnungen des BAMF werden Rechtsmittel erhoben, auch wegen sehr kurzer Fristen. Insgesamt ist der Rechtsschutz in Asylverfahren erheblich eingeschränkt, so gibt es keine Berufungsmöglichkeit gegen erstinstanzliche Urteile aufgrund ernstlicher Zweifel an deren Richtigkeit (vgl. § 78 des Asylgesetzes [AsylG]). Umso schwerwiegender sind Vorwürfe gegen Richter am Verwaltungsgericht (VG) Gera, wonach sie Asylklagen aufgrund ihrer persönlichen (rechten) Einstellung abgelehnt haben könnten (vgl. z. B. ezra.de/forderungspapier-zur-justiz-in-thu%CC%88ringen/; www.sueddeutsche.de/politik/justiz-asyl-afd-richter-1.5926901?s=09). Dieser Verdacht wurde gestützt von Zahlen zur Entscheidungsstatistik des VG Gera infolge von Kleinen Anfragen der Linken (vgl. z. B. Bundestagsdrucksachen 20/4019 und 20/8222). Die Erfolgsquoten bei Asylklagen zu bestimmten Herkunftsländern waren am VG Gera auffallend niedriger als im bundesweiten Vergleich, auch im Jahr 2023 gab es (bei geringen Fallzahlen) keine einzige positive Asylentscheidung des VG Gera. Gegen einen der betroffenen Richter wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, für die Dauer dieses Verfahrens darf er keine Urteile mehr fällen (www.spiegel.de/politik/deutschland/gera-richter-faellt-nach-vorwurfen-aktuell-keine-urteile-a-0a14dc18-6bd9-4eb4-b126-297f6a2172bd).

Bei vielen Asylsuchenden in Deutschland handelt es sich um Kinder und Jugendliche: 2023 lag der Anteil der unter 18-jährigen Asylsuchenden bei 31,5 Prozent (2022: 37,3 Prozent, 2021: 49,4 Prozent), 4,6 Prozent der Asylsuchenden waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 22 603 Asylanträge (6,9 Prozent aller Anträge) wurden für in Deutschland geborene Kinder von Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen und Personen mit einer humanitärer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) gestellt.

Etwa die Hälfte aller Asylsuchenden in Deutschland verfügt über keine (anerkannten) schriftlichen Identitätsnachweise (2023: 47,8 Prozent). Das sagt jedoch nichts über ihre Schutzbedürftigkeit aus, denn die bereinigte Schutzquote bei Asylsuchenden ohne Papiere ist fast genauso hoch (67,7 Prozent) wie im allgemeinen Durchschnitt (68,6 Prozent).

Die politisch mitunter geforderte Abschaffung des subsidiären Schutzstatus (vgl. z. B. www.zeit.de/politik/deutschland/2024-06/landkreistag-abschiebung-g-abschaffung-subsidiaerem-schutz-migranten) ist nach Auffassung der Fragestellenden rechtlich nicht bzw. kaum möglich, weil dieser Status im EU-Primärrecht verankert ist (vgl. Artikel 78 des Allgemeinen Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union [AEUV]). Ohnehin gingen nur 0,6 Prozent der im Jahr 2023 vom BAMF erteilten subsidiären Schutzstatus letztlich auf EU-Recht zurück, weil sie wegen drohender willkürlicher Gewalt infolge von kriegesischen Auseinandersetzungen erteilt wurden. Subsidiärer Schutz wird vom BAMF in aller Regel (2023 zu 91,2 Prozent) wegen der Gefahr unmenschlicher bzw. erniedrigender Behandlung erteilt, d. h. (auch) infolge von

Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), an die Deutschland unabhängig von EU-Recht gebunden ist.

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes [GG], nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention [GFK], subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im Jahr 2024 (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG in Anwendung der GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung [darunter Familienasyl], internationaler Flüchtlingsschutz [darunter Familienschutz], subsidiärer Schutz [darunter Familienschutz], nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Ukraine, Belarus, Russische Föderation sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?
- b) Wie hoch war im genannten Zeitraum die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht formelle Entscheidungen (bitte wie in Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen im Jahr 2024 machen?

Die Fragen 1a und die Quote zu 1b werden wegen ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sog. bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die umfassende Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt.

Jahr 2024	Asylberechtigung Artikel 16a Grund- gesetz (GG)		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 Asylgesetz (AsylG)		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Herkunftsländer ge- samt	1 964	0,7 %	35 831	11,9 %	75 092	24,9 %	20 823	6,9 %	133 710	44,4 %	133 710	59,3 %
darunter:												
Syrien	109	0,1 %	6 963	7,4 %	70 431	75,1 %	341	0,4 %	77 844	83,0 %	77 844	100,0 %
Afghanistan	536	1,2 %	13 891	32,3 %	775	1,8 %	16 931	39,4 %	32 133	74,7 %	32 133	93,3 %
Türkei	219	0,5 %	3 720	8,2 %	246	0,5 %	57	0,1 %	4 242	9,4 %	4 242	12,5 %
Irak	13	0,1 %	1 674	14,7 %	405	3,6 %	484	4,2 %	2 576	22,6 %	2 576	31,7 %
Somalia	184	3,6 %	1 617	31,2 %	308	5,9 %	1 095	21,1 %	3 204	61,8 %	3 204	89,8 %
Iran	170	2,1 %	1 892	23,9 %	130	1,6 %	57	0,7 %	2 249	28,4 %	2 249	36,7 %
Ungeklärt	32	0,8 %	1 488	38,1 %	428	11,0 %	80	2,1 %	2 028	52,0 %	2 028	81,4 %
Russische Föd.	65	0,8 %	252	3,1 %	73	0,9 %	25	0,3 %	415	5,2 %	415	10,2 %
Kolumbien	-	-	4	0,1 %	5	0,1 %	7	0,1 %	16	0,3 %	16	0,3 %
Eritrea	62	1,6 %	2 216	58,3 %	519	13,7 %	90	2,4 %	2 887	76,0 %	2 887	84,6 %
Guinea	119	4,2 %	333	11,8 %	80	2,8 %	113	4,0 %	645	22,8 %	645	36,9 %
Venezuela	37	1,0 %	44	1,2 %	60	1,6 %	573	15,5 %	714	19,3 %	714	20,4 %
Georgien	-	-	1	0,0 %	3	0,0 %	17	0,3 %	21	0,3 %	21	0,4 %
Nigeria	15	0,5 %	113	3,4 %	22	0,7 %	198	6,0 %	348	10,6 %	348	20,0 %
Algerien	3	0,1 %	20	0,6 %	19	0,6 %	7	0,2 %	49	1,5 %	49	3,2 %
Tunesien	7	0,2 %	40	1,1 %	3	0,1 %	8	0,2 %	58	1,6 %	58	2,6 %
Marokko	1	0,0 %	53	2,0 %	34	1,3 %	9	0,3 %	97	3,7 %	97	7,3 %
Ukraine	1	0,1 %	3	0,2 %	50	3,4 %	56	3,8 %	110	7,4 %	110	13,1 %
Belarus	6	1,7 %	12	3,4 %	2	0,6 %	0	0,0 %	20	5,7 %	20	11,8 %
Kosovo	0	0,0 %	2	0,1 %	2	0,1 %	10	0,4 %	14	0,6 %	14	0,8 %
Nordmazedonien	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,0 %	7	0,2 %	8	0,2 %	8	0,4 %
Serbien	3	0,1 %	1	0,0 %	0	0,0 %	5	0,2 %	9	0,3 %	9	0,6 %
Albanien	0	0,0 %	2	0,1 %	6	0,3 %	5	0,3 %	13	0,7 %	13	1,0 %
Moldau, Rep.	1	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	3	0,1 %	4	0,2 %	4	0,4 %
Bosnien und Herze- gowina	0	0,0 %	1	0,1 %	1	0,1 %	0	0,0 %	2	0,2 %	2	0,3 %
Ghana	1	0,2 %	4	0,9 %	2	0,4 %	19	4,1 %	26	5,7 %	26	8,4 %
Senegal	1	0,4 %	0	0,0 %	0	0,0 %	5	2,1 %	6	2,5 %	6	5,1 %
Montenegro	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	0,8 %	2	0,8 %	2	1,4 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Jahr 2024	Quote zu Frage 1b		
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	1 964	0,7 %	0,9 %
darunter Familienschutz	522	0,2 %	0,2 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	35 831	11,9 %	15,9 %
darunter Familienschutz	19 861	6,6 %	8,8 %
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	34	0,0 %	0,0 %
§ 4 I Nr. 2 AsylG	66 456	22,1 %	29,5 %
§ 4 I Nr. 3 AsylG	1 189	0,4 %	0,5 %
§ 4 I AsylG Familienschutz	7 413	2,5 %	3,3 %
Summe subsidiärer Schutz	75 092	24,9 %	33,3 %
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	20 531	6,8 %	9,1 %
§ 60 VII AufenthG	292	0,1 %	0,1 %
Summe Abschiebungsverbot	20 823	6,9 %	9,2 %
Gesamtschutz	133 710	44,4 %	59,3 %

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen für den genannten Zeitraum können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2024 Entscheidungskategorie	
Antrag nicht weiter bearbeitet	5
Einstellung wg. § 33 I u II, § 32a II AsylG	11 782
nicht erforderlich, Dublin	213
sonstige Einstellung	6 704
Unzulässig (§ 29 I Nr. 1 AsylG)	32 275
Unzulässig (§ 29 I Nr. 2 AsylG)	8 679
Unzulässig (§ 29 I Nr. 3 AsylG)	30
Unzulässig (§ 29 I Nr. 4 AsylG)	11
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	2 083
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	13 918

- c) Wie viele Asylsuchende des Jahres 2024 sind visumfrei bzw. mit einem Visum eingereist (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und zudem nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können, soweit vorliegend, der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Januar bis Oktober 2024	Asylerstanträge	mit Visum	Anteil
Syrien	66 418	8 013	12,1 %
Afghanistan	30 474	1 979	6,5 %
Türkei	25 950	2 118	8,2 %
Irak	6 991	575	8,2 %
Somalia	6 080	580	9,5 %
Iran	4 620	1 720	37,2 %
Ungeklärt	4 188	420	10,0 %
Russische Föderation	3 946	476	12,1 %
Kolumbien	2 983	8	0,3 %

Januar bis Oktober 2024	Asylerstanträge	mit Visum	Anteil
Eritrea	2 704	759	28,1 %
Gesamt	199 947	26 655	13,3 %

Hinweis: Da bei der Statistik zu Visa Informationssystem (VIS)-Treffern ein dreimonatiger Nacherfassungszeitraum zu berücksichtigen ist, liegen hier nur Daten für den Zeitraum Januar bis Oktober 2024 vor. Die Zahl der Asylerstanträge betrug in diesem Zeitraum 199 947.

Die Zahl der Asylerstanträge im Jahr 2024 betrug 229 751. Weitere Angaben zur Zahl und zum Anteil der Asylsuchenden, die aus Herkunftsländern ohne Visumpflicht für die Europäische Union (EU) einreisen konnten, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr 2024	Asylerstanträge	Anteil zu Asylerst-Anträgen gesamt
visafreie Einreise	17 813	7,8 %
darunter		
Kolumbien	3 839	1,7 %
Venezuela	3 005	1,3 %
Georgien	2 635	1,1 %
Kosovo	1 665	0,7 %
Nordmazedonien	1 411	0,6 %
Serbien	1 198	0,5 %
Ukraine	1 048	0,5 %
Albanien	962	0,4 %
Moldau, Republik	766	0,3 %
Bosnien und Herzegowina	461	0,2 %

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes in Anwendung der GFK im Jahr 2024 beruhten auf staatlicher, nicht-staatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr 2024	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylG					
		Familien- flüchtlings- schutz nach § 26 Absatz 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon ge- schlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechts- spez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	35 831	19 861	11 423	3 477	3 301	2 143
darunter:						
Syrien	6 963	6 267	541	122	64	39
Afghanistan	13 891	5 847	5 992	2 314	1 612	741
Türkei	3 720	1 122	2 403	298	105	95
Irak	1 674	1 409	68	45	160	120
Somalia	1 617	848	58	51	637	601
Iran	1 892	550	1 231	271	45	40
Ungeklärt	1 488	585	456	57	131	24
Russische Föderation	252	97	127	46	21	17
Kolumbien	4	0	0	0	4	3
Eritrea	2 216	2 201	6	0	0	0
Guinea	333	164	11	9	129	126
Venezuela	44	7	30	8	7	6
Georgien	1	1	0	0	0	0
Nigeria	113	59	24	22	28	25
Algerien	20	5	7	6	6	6

- b) Wie viele der Anerkennungen im Jahr 2024 waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärer Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr 2024	§ 26 AsylG Asylberechtigung		§ 26 Absatz 5 i. V. m. § 3 Absatz 1 AsylG		§ 26 Absatz 5 i. V. m. § 4 Absatz 1 AsylG	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	522	135	19 861	8 830	7 413	3 668
darunter:						
Syrien	61	17	6 267	3 766	5 638	2 859
Afghanistan	142	30	5 847	1 350	249	147
Türkei	89	18	1 122	283	172	16
Irak	4	0	1 409	969	292	156
Somalia	12	0	848	379	130	67
Iran	33	7	550	182	33	8
Ungeklärt	8	3	585	341	144	85
Russische Föderation	16	5	97	29	33	7
Kolumbien	-	-	-	-	1	1
Eritrea	59	26	2 201	1 031	377	169
Guinea	6	1	164	95	24	20
Venezuela	10	3	7	3	11	1
Georgien	-	-	1	0	-	-
Nigeria	-	-	59	42	10	6
Algerien	-	-	5	4	13	5

- c) Wie viele der Asylsuchenden im Jahr 2024 verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen?) oder eine Duldung (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie viele von ihnen hatten einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 19 551 Personen erfasst, die im Jahr 2024 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen. 4 399 Personen verfügten zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung über einen gültigen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlag	Jahr 2024 gesamt
Gesamt	19 551
darunter	
Syrien	8 308
Afghanistan	2 884
Türkei	1 237
Somalia	900
Irak	892
Eritrea	483
Ungeklärt	470
Iran	455
Guinea	339
Nordmazedonien	327

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlag	Jahr 2024 gesamt
Gesamt	19 551
davon	
Aufenthaltserlaubnis (AE)- familiäre Gründe	6 014
AE- völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	2 140
AE - Ausbildung	357
AE - Besondere Aufenthaltsrechte	185
AE - Erwerbstätigkeit	48
EU-Aufenthaltsrechte	2
Duldung	10 805

- d) Wie viele der im Jahr 2024 vom BAMF zugesprochenen Schutzstatus basierten auf Anerkennungen im Rahmen des Familienschutzes (bitte nach Schutzstatus und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Der Anteil der Flüchtlingseigenschaft bzw. des subsidiären Schutzes an allen inhaltlichen Entscheidungen ohne Berücksichtigung der Entscheidungen zum Familienschutz kann nicht belastbar berechnet werden, da nicht alle Entscheidungen zum Familienschutz statistisch erfasst und demzufolge auch nicht aus der für die Berechnung erforderlichen Bezugsmenge (Anzahl aller materiellen Entscheidungen ohne Entscheidungen zum Familienschutz) herausgerechnet werden können. So wird bei Ablehnungen der Asylenerkennung statistisch nicht erfasst, wie viele davon ggf. im Zusammenhang mit Entscheidungen zum Familienschutz erfolgten (vgl. hierzu auch die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1c der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/28109).

Angaben zu Entscheidungen mit bzw. ohne Einbeziehung von Entscheidungen zum Familienschutz (ohne relative Zahlen) nach Herkunftsländern (HKL) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr 2024	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Familienschutz	mit Familienschutz	ohne Familienschutz	mit Familienschutz	ohne Familienschutz	mit Familienschutz
alle HKL	1 442	1 964	15 970	35 831	67 679	75 092
Syrien	48	109	696	6 963	64 793	70 431
Afghanistan	394	536	8 044	13 891	526	775
Türkei	130	219	2 598	3 720	74	246
Irak	9	13	265	1 674	113	405
Somalia	172	184	769	1.617	178	308
Iran	137	170	1 342	1 892	97	130
Ungeklärt	24	32	903	1 488	284	428
Russische Föd.	49	65	155	252	40	73
Kolumbien	-	-	4	4	4	5
Eritrea	3	62	15	2 216	142	519
Guinea	113	119	169	333	56	80
Venezuela	27	37	37	44	49	60
Georgien	-	-	-	1	3	3
Nigeria	15	15	54	113	12	22
Algerien	3	3	15	20	6	19

3. Welche genaueren Angaben kann die Bundesregierung zu den Rechtsgrundlagen der im Jahr 2024 durch das BAMF bzw. durch die Gerichte (soweit vorliegend) gewährten subsidiären Schutzstatus (nach § 4 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 AsylG) machen (bitte in absoluten und relativen Zahlen darstellen und nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Asylentscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Jahr 2024	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt	75 092	34	0,0 %	66 456	88,5 %	1 189	1,6 %
darunter:							
Syrien	70 431	25	0,0 %	64 640	91,8 %	128	0,2 %
Afghanistan	775	5	0,6 %	517	66,7 %	4	0,5 %
Somalia	308	-	0,0 %	174	56,5 %	4	1,3 %
Irak	405	-	0,0 %	107	26,4 %	6	1,5 %
Venezuela	60	-	0,0 %	49	81,7 %	-	0,0 %
Sudan	626	-	0,0 %	17	2,7 %	589	94,1 %
Eritrea	519	-	0,0 %	142	27,4 %	-	0,0 %
Ungeklärt	428	-	0,0 %	262	61,2 %	22	5,1 %
Jemen	358	-	0,0 %	64	17,9 %	268	74,9 %
Türkei	246	-	0,0 %	72	29,3 %	2	0,8 %
Nigeria	22	1	4,5 %	11	50,0 %	-	0,0 %

Jahr 2024	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Guinea	80	-	0,0 %	56	70,0 %	-	0,0 %
Iran	130	3	2,3 %	94	72,3 %	-	0,0 %
Ukraine	50	-	0,0 %	-	0,0 %	27	54,0 %
Russische Föd.	73	-	0,0 %	40	54,8 %	-	0,0 %

Asylentscheidungen infolge gerichtlicher Überprüfung.

01.01.-30.11.2024	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 1 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 2 AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I Nr. 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt	1 055	37	3,5 %	505	47,9 %	444	42,1 %
darunter:							
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	208	7	3,4 %	17	8,2 %	184	88,5 %
Eritrea	168	5	3,0 %	150	89,3 %	2	1,2 %
Ungeklärt	122	2	1,6 %	12	9,8 %	107	87,7 %
Irak	100	5	5,0 %	77	77,0 %	1	1,0 %
Russische Föderation	88	2	2,3 %	69	78,4 %	1	1,1 %
Sudan	71	1	1,4 %	7	9,9 %	63	88,7 %
Iran	44	4	9,1 %	36	81,8 %	-	0,0 %
Türkei	40	1	2,5 %	34	85,0 %	2	5,0 %
Myanmar	23	-	0,0 %	2	8,7 %	21	91,3 %
Afghanistan	21	-	0,0 %	12	57,1 %	1	4,8 %
Somalia	17	-	0,0 %	7	41,2 %	8	47,1 %
Staatenlos	16	1	6,3 %	-	0,0 %	15	93,8 %
Jemen	15	1	6,7 %	8	53,3 %	6	40,0 %
Ukraine	14	-	0,0 %	3	21,4 %	11	78,6 %
Georgien	13	-	0,0 %	11	84,6 %	-	0,0 %

4. Welche Organisationseinheiten des BAMF (bitte genau bezeichnen) wurden im Jahr 2024 wegen signifikant negativer oder signifikant positiver (bitte getrennt darstellen) Abweichungen bei den (bereinigten) Schutzquoten um Stellungnahme gebeten, welche Abweichungen in Bezug auf welche Herkunftsländer waren dies (bitte genauer bezeichnen und in Tabellenform wie zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 20/5709 darstellen), welche Erklärungen wurden von den jeweiligen Organisationseinheiten für die signifikanten Abweichungen gegeben (bitte ausführen), und inwieweit wurden diese Erklärungen vom BAMF als nachvollziehbar bewertet bzw. welche Schlussfolgerungen wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte ausführen)?

Im Rahmen der Betrachtung des ersten Halbjahres 2024 wurden innerhalb der bundesweiten Schutzquote (ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen) die Organisationseinheiten (OrgE) berücksichtigt, in denen mindestens 50 materiell-rechtliche Entscheidungen (mrE) zu den jeweiligen zehn Hauptherkunftsländern (TOP-10-HKL) in dem genannten Zeitraum getroffen wurden.

Für das erste Halbjahr 2024 wurden insgesamt 42 Abweichungen der lokalen Schutzquote (ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen) von der ent-

sprechenden bundesweiten Schutzquote hinsichtlich der Staatsangehörigkeitsbezeichnungen Afghanistan, Türkei, Irak, Somalia, Iran, „Ungeklärt“, Russische Föderation und Guinea betrachtet. Es handelt sich um 24 Abweichungen unterhalb und 18 Abweichungen oberhalb der bundesweiten Schutzquote. Hinsichtlich der übrigen Top-10-HKL Syrien und Kolumbien wurden keine relevanten Abweichungen festgestellt.

Die OrgE, bei denen die größten Abweichungen von der bundesweiten Schutzquote (d. h. die größte Überschreitung sowie die größte Unterschreitung) festgestellt worden sind, wurden um Plausibilisierung der Abweichungen gebeten. Nähere Einzelheiten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Auswertung der Entscheidungsstatistik im ersten Halbjahr 2024 anhand überschreitender Abweichungen von zehn Prozentpunkten oder mehr und Aufforderung zur Stellungnahme (Stand: 07/2024).

TOP-10-HKL/ OrgE	Türkei (14 997 mrE; Schutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen 13,0 %)	Irak (4 583 mrE; Schutz- quote ohne Be- rücksichtigung formeller Ent- scheidungen 29,7 %)	Iran (2.807 mrE; Schutzquote ohne Berücksich- tigung formeller Entscheidungen 38,3 %)	Russische Föd. (1 860 mrE; Schutz- quote ohne Berück- sichtigung formel- ler Entscheidungen 11,2 %)	Guinea (575 mrE; Schutz- quote ohne Berücksich- tigung form- eller Ent- scheidun- gen 36,0 %)
AS Braunschweig		108 (72,2 %)			
AS Bochum, LAS					89 (48,3 %)
AZ Dresden in AnKER				63 (36,5 %)	
AS Suhl im AZ			58 (77,6 %)		
AS Freiburg	56 (60,7 %)				

Auswertung der Entscheidungsstatistik im ersten Halbjahr 2024 anhand unterschreitender Abweichungen von zehn Prozentpunkten oder mehr und Aufforderung zur Stellungnahme (Stand: 07/2024).

TOP-10-HKL/ OrgE	Afghanistan (18 526 mrE; Schutzquote ohne Berücksich- tigung form- eller Ent- scheidungen 96,7 %)	Irak (4 583 mrE; Schutz- quote ohne Be- rücksichtigung formeller Ent- scheidungen 29,7 %)	Somalia (1 613 mrE; Schutz- quote ohne Be- rücksichtigung formeller Ent- scheidungen 90,3 %)	Iran (2 807 mrE; Schutzquote ohne Berück- sichtigung for- meller Entsch- eidungen 38,3 %)	Ungeklärt (1 343 mrE; Schutz- quote ohne Be- rücksichtigung formeller Ent- scheidungen 81,5 %)
AS Unna im AZ		75 (2,7 %)			
AS Berlin im AZ					104 (61,5 %)
AS Eisenhütten- stadt, LAS	359 (56,3 %)		58 (58,6 %)	117 (16,2 %)	

TOP-10-HKL/OrgE	Russische Föderation (1 860 mrE; Schutz- quote ohne Berücksich- tigung formeller Ent- scheidungen 11,2 %)	Guinea (575 mrE; Schutzquote ohne Be- rücksichtigung formel- ler Entscheidungen 36,0 %)
AS Bremen im AZ, LAS	96 (0 %)	
AS Bramsche im AZ		68 (17,6 %)
AS Trier im AZ, LAS	54 (0 %)	

Seitens der OrgE wurde als Hauptursache für eine Abweichung der lokalen Schutzquote von der entsprechenden bundesweiten Schutzquote die Verteilung der Verfahren benannt. Maßgebliche Auswirkungen auf die lokale Schutzquote haben Verfahren, in denen eine Ableitung des Schutzes im Rahmen von Familienasyl, abgeleitetem Flüchtlingsschutz bzw. abgeleitetem subsidiären Schutz in Betracht kommt. Ebenfalls waren persönliche Merkmale der Antragstellenden bestimmend (z. B. Ethnie, Volkszugehörigkeit, Familienstand, Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit sowie Herkunftsregion je nach Herkunftsland).

Diese im Rahmen der Plausibilisierungsanfragen ergangenen Stellungnahmen der OrgE wurden erneut einer systematischen Überprüfung unterzogen. Dabei wurde die Plausibilität der abgegebenen Stellungnahmen unter Berücksichtigung der bundesweiten Entscheidungspraxis sowie der zum Zeitpunkt der Entscheidung gültigen Herkunftsländer-Leitsätze betrachtet. Alle relevanten Abweichungen im Betrachtungszeitraum wurden vom BAMF als nachvollziehbar bewertet.

Die Schutzquotenanalyse für das zweite Halbjahr 2024 befindet sich aktuell in der Erstellung.

5. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten und absoluten Entscheidungszahlen für die Herkunftsländer Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia, Nigeria, Russische Föderation und die Türkei (hier bitte noch einmal gesondert nach kurdischer bzw. türkischer Volkszugehörigkeit getrennt auflisten) im Jahr 2024, differenziert nach BAMF-Organisationseinheiten (bitte jeweils nur diejenigen zehn Organisationseinheiten auflisten, die im Vergleich zur bundesweiten bereinigten Schutzquote die höchsten bzw. niedrigsten Schutzquoten bei mindestens 50 Entscheidungen im Jahr aufwiesen)?

Eine Aussagekraft von Schutzquotenabweichungen (Vergleich der lokalen Schutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen einzelner Organisationseinheiten mit der entsprechenden Gesamtschutzquote) kann nur unter der Prämisse angenommen werden, dass der Beurteilung repräsentative Daten zu Grunde liegen (statistische Evidenz).

Im Rahmen der halbjährlichen Schutzquotenanalyse des BAMF wird eine Repräsentativität erst bei einer halbjährlichen Entscheidungsmenge i. H. v. mindestens 50 materiell-rechtlichen Entscheidungen je Herkunftsland und Organisationseinheit angenommen. Zudem muss die identifizierte Abweichung der o. g. lokalen Schutzquote von der entsprechenden Gesamtschutzquote mindestens zehn Prozent betragen. Sind diese Parameter nicht erfüllt, ist in Ermangelung der entsprechenden Aussagekraft eine Ableitung valider Erkenntnisse nicht möglich. Die diesbezüglichen Schutzquotenabweichungen sind als statistischer Effekt zu betrachten und daher als Beurteilungsgrundlage nicht geeignet.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2024	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	42 999	93,3 %
darunter:		
AS Bremen im AZ, LAS	240	100,0 %
AS Heidelberg im AZ	1 586	99,4 %

Jahr 2024	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	1 481	99,2 %
AS Suhl im AZ	751	99,1 %
AS Oldenburg	236	98,7 %
AS Deggendorf in AnKER	77	98,6 %
AS Gießen im AZ, LAS	4 154	98,6 %
AS Ellwangen	205	98,4 %
AS Bamberg in AnKER	66	98,4 %
AS Bonn im AZ	703	98,4 %
AS Augsburg in AnKER	919	90,8 %
AS Karlsruhe, LAS	741	89,8 %
AS Frankfurt/Flughafen	245	86,8 %
AS Trier, LAS	892	86,0 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	737	85,0 %
AS Dresden in AnKER	268	84,9 %
AS Berlin, LAS	3 613	81,3 %
AS Leipzig im AZ	284	70,6 %
AS Lebach in AnKER, LAS	206	70,3 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	717	60,8 %

Jahr 2024	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	11 397	31,7 %
darunter:		
AS Bidingen	50	80,0 %
AS Braunschweig	178	72,1 %
AS Oldenburg	210	57,6 %
AS München	141	52,7 %
AS Regensburg in AnKER	115	50,0 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	68	45,8 %
AS Bielefeld im AZ	576	42,7 %
AS Bochum, LAS	640	41,4 %
AS Bonn im AZ	504	41,3 %
AS Friedland, LAS	159	39,9 %
AS Bamberg in AnKER	122	19,3 %
AS Lebach in AnKER, LAS	72	18,8 %
AS Neumünster, LAS	741	17,1 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	110	16,4 %
AS Trier, LAS	125	15,8 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	242	14,8 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 4	473	14,0 %
AS Augsburg in AnKER	579	12,6 %

Jahr 2024	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Berlin im AZ	77	12,1 %
AS Frankfurt/Flughafen	107	5,1 %

Jahr 2024	Iran	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	7 914	36,7 %
darunter:		
AS Suhl im AZ	157	74,3 %
AS Büdingen	64	70,0 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	71	64,0 %
AS Gießen im AZ, LAS	584	62,7 %
AS Speyer	90	62,2 %
AS Regensburg in AnKER	139	60,6 %
AS Heidelberg im AZ	181	55,9 %
AS Bremen im AZ, LAS	113	42,6 %
AS Berlin, LAS	124	42,0 %
AS Trier, LAS	290	41,0 %
AS Dresden in AnKER	103	26,0 %
AS Neumünster, LAS	304	25,2 %
AS Mönchengladbach im AZ	312	22,7 %
AS Berlin im AZ	328	21,5 %
AS Frankfurt/Flughafen	130	21,3 %
AS Zirndorf in AnKER	225	19,4 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 4	253	19,2 %
AS Bamberg in AnKER	148	16,4 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	404	15,4 %
AS Schwerin im AZ, LAS	102	13,9 %

Jahr 2024	Eritrea	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3 801	84,6 %
darunter:		
AS Lebach in AnKER, LAS	70	97,1 %
AS Sigmaringen	63	96,8 %
AS Bamberg in AnKER	57	96,4 %
AS Bonn im AZ	177	94,4 %
AS Friedland, LAS	55	92,5 %
AS Büdingen	186	91,8 %
AS Berlin, LAS	60	91,1 %
AS Bielefeld im AZ	56	90,2 %
AS Karlsruhe, LAS	59	89,1 %
AS Speyer	113	86,4 %

Jahr 2024	Eritrea	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Gießen im AZ, LAS	396	81,4 %
AS Düsseldorf	81	80,5 %
AS Suhl im AZ	58	80,4 %
AS Berlin im AZ	65	78,8 %
AS Deggendorf in AnKER	261	77,6 %
AS Unna im AZ	53	75,5 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	90	74,7 %
AS Schwerin im AZ, LAS	65	74,2 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 4	84	72,8 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	66	68,8 %

Jahr 2024	Somalia	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	5 181	89,8 %
darunter:		
AS Neustadt	76	100,0 %
AS Friedland, LAS	58	100,0 %
AS Speyer	283	99,6 %
AS Neumünster, LAS	84	98,7 %
AS Karlsruhe, LAS	85	98,6 %
AS München	77	98,6 %
AS Bremen im AZ, LAS	89	97,7 %
AS Heidelberg im AZ	93	97,3 %
AS Büdingen	175	97,0 %
AS Schweinfurt in AnKER	236	96,9 %
AS Schwerin im AZ, LAS	65	91,1 %
AS Trier, LAS	210	91,0 %
AS Braunschweig	60	90,7 %
AS Bielefeld im AZ	85	90,2 %
AS Zirndorf in AnKER	54	83,8 %
AS Mönchengladbach im AZ	73	82,6 %
AS Düsseldorf	142	82,0 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	64	74,2 %
AS Leipzig im AZ	124	58,0 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	224	50,0 %

Jahr 2024	Nigeria	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3 280	20,0 %
darunter:		

Jahr 2024	Nigeria	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Leipzig im AZ	54	36,4 %
AS Karlsruhe, LAS	65	34,1 %
AS Bonn im AZ	87	33,8 %
AS Essen	87	31,7 %
AS Bochum, LAS	144	30,8 %
AS Düsseldorf	93	25,4 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	88	25,0 %
AS Sigmaringen	91	22,5 %
AS Ellwangen	65	20,5 %
AS Bielefeld im AZ	90	20,3 %
AS Suhl im AZ	52	19,5 %
AS Unna im AZ	76	18,0 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 4	73	17,5 %
AS Gießen im AZ, LAS	125	15,3 %
AS Trier, LAS	70	15,0 %
AS Deggendorf in AnKER	50	14,8 %
AS Heidelberg im AZ	313	14,0 %
AS München	388	9,1 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	52	7,7 %

Jahr 2024	Russische Föderation	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	8 003	10,2 %
darunter:		
AS Dresden in AnKER	187	28,5 %
AS Bonn im AZ	159	22,2 %
AS Gießen im AZ, LAS	276	16,2 %
AS Suhl im AZ	129	15,5 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 4	199	14,7 %
AS Heidelberg im AZ	125	14,1 %
AS Bochum, LAS	140	13,2 %
AS Essen	114	11,8 %
AS Bamberg in AnKER	525	11,7 %
AS Hamburg im AZ, LAS	146	11,2 %
AS Bielefeld im AZ	113	8,0 %
AS Düsseldorf	184	7,5 %
AS Neumünster, LAS	310	6,6 %
AS Trier, LAS	186	4,7 %
AS Berlin im AZ	528	4,5 %
AS Friedland, LAS	99	3,6 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	183	2,7 %

Jahr 2024	Russische Föderation	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Zirndorf in AnKER	113	2,0 %
AS Bremen im AZ, LAS	183	-
AS Sigmaringen	72	-

Jahr 2024	Türkei	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	45 206	12,5 %
darunter:		
AS Freiburg	206	67,1 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	294	43,4 %
AS Trier, LAS	1 211	43,2 %
AS Heidelberg im AZ	2 334	34,3 %
AS Speyer	528	23,4 %
AS Neustadt	233	22,5 %
AS Augsburg in AnKER	649	21,9 %
AS Büdingen	432	19,1 %
AS Bochum, LAS	1 118	18,7 %
AS Bonn im AZ	1 566	17,9 %
AS Zirndorf in AnKER	2 199	5,6 %
AS Frankfurt/Flughafen	246	5,4 %
AS Lebach in AnKER, LAS	272	5,2 %
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	624	4,9 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	495	4,5 %
AS Bramsche im AZ	1 047	4,2 %
AS Oldenburg	689	3,7 %
AS Berlin, LAS	4 741	3,2 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	1 488	2,8 %
AS Deggendorf in AnKER	186	2,5 %

Jahr 2024	Türkei Volkszugehörigkeit Kurden	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	36 970	4,2 %
darunter:		
AS Freiburg	136	22,6 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	226	20,8 %
AS Neustadt	187	12,4 %
AS Büdingen	330	8,6 %
AS Bochum, LAS	886	8,5 %
AS Heidelberg im AZ	1 554	8,3 %
AS Trier, LAS	681	8,2 %
AS Bonn im AZ	1 223	7,2 %

Jahr 2024	Türkei Volkszugehörigkeit Kurden	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Speyer	368	7,0 %
AS Sigmaringen	633	6,9 %
AS München	1 674	2,4 %
AS Frankfurt/Flughafen	215	1,9 %
AS Bramsche im AZ	914	1,8 %
AS Berlin, LAS	4 050	1,7 %
Dienstleistungszentrum Abtei- lung 5	561	1,5 %
AS Lebach in AnKER, LAS	225	1,4 %
AS Deggendorf in AnKER	166	1,4 %
Dienstleistungszentrum Abtei- lung 4	1 355	1,1 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	1 317	0,7 %
AS Zirndorf in AnKER	1 885	0,5 %

Jahr 2024	Türkei Volkszugehörigkeit Türken	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	7 009	53,5 %
darunter:		
AS Freiburg	69	94,0 %
AS Trier, LAS	512	83,0 %
AS Augsburg in AnKER	105	80,9 %
AS Heidelberg im AZ	758	77,9 %
AS Büdingen	55	75,0 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	64	74,3 %
AS Bochum, LAS	177	68,1 %
AS Bielefeld im AZ	103	67,1 %
AS Speyer	139	64,4 %
AS Ellwangen	65	64,3 %
AS Zirndorf in AnKER	240	44,0 %
Dienstleistungszentrum Abtei- lung 4	190	38,5 %
AS Friedland, LAS	63	36,5 %
AS Braunschweig	66	32,1 %
AS Bramsche im AZ	109	24,4 %
AS Neumünster, LAS	125	23,9 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	151	21,9 %
AS Hamburg im AZ, LAS	114	20,2 %
AS Berlin, LAS	606	12,5 %
AS Bremen im AZ, LAS	59	8,3 %

6. Wie erklärt die Bundesregierung bzw. das BAMF, dass die bereinigten Schutzquoten in der BAMF-Außenstelle in Eisenhüttenstadt im Vergleich sechs relevanter Herkunftsländer (Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia, Nigeria) im Zeitraum von Januar bis Oktober 2024 zum Teil sehr deutlich unterhalb des bundesweiten Durchschnitts lagen (bei fünf der sechs genannten Länder wurde der bundesweit niedrigste oder zweitniedrigste Wert verzeichnet, vgl. Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 20/14272; bitte ausführen)?

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen in der Antwort zu Frage 5 sind bei der Würdigung der betreffenden Entscheidungszahlen des Zeitraums Januar 2024 bis Oktober 2024 die Abweichungen hinsichtlich der HKL Eritrea und Nigeria statistisch nicht relevant.

Die hinsichtlich der HKL Afghanistan und Somalia vorliegenden Unterschreitungen der lokalen Schutzquote (ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen) lässt sich bereits mit Blick auf die bundesweite Verteilung der Verfahren und die damit einhergehende Zusammensetzung der Antragstellenden nachvollziehen: Während sich ein hoher Anteil vulnerabler Personengruppen je Außenstelle i. d. R. in einer hohen lokalen Schutzquote abbildet, führt ein geringer Anteil der vorgenannten Personengruppe regelmäßig zu einer Unterschreitung der Gesamtschutzquote.

Bezüglich beider HKL ergibt sich eine Vulnerabilität entsprechend der jeweiligen Weisungslage insbesondere hinsichtlich der Situation von Frauen und Mädchen. In der AS Eisenhüttenstadt lag jedoch der Anteil weiblicher Antragstellerinnen deutlich unterhalb des Anteils männlicher Antragsteller.

Hinsichtlich des HKL Iran ist die vorliegende Unterschreitung der lokalen Schutzquote maßgeblich von der Glaubhaftigkeit des Vorbringens der Antragstellenden abhängig. Die Bewertung eines Sachvortrags als glaubhaft und zudem schutzauslösend hängt wesentlich von der Beurteilung des Entscheiders/der Entscheiderin, auf Basis der im Rahmen der Anhörung gewonnen persönlichen Überzeugung, ab.

Die hinsichtlich des HKL Irak vorliegende Unterschreitung der lokalen Schutzquote lässt sich bereits mit Blick auf die bundesweite Verteilung der Verfahren und die damit einhergehende Zusammensetzung der Antragstellenden nachvollziehen: Einerseits ist die bundesweite Schutzquote des HKL Irak zu einem nicht unerheblichen Anteil durch die Anzahl von Entscheidungen zum abgeleiteten Schutz geprägt. In der AS Eisenhüttenstadt ergingen jedoch im Betrachtungszeitraum lediglich wenige Entscheidungen zum abgeleiteten Schutz, was sich unmittelbar in der lokalen Schutzquote abbildet. Ergänzend wirkt sich ein hoher Anteil von Mehrpersonenakten je Außenstelle potenzierend auf die getroffenen Entscheidungen und somit auch auf die lokale Schutzquote aus. In der AS Eisenhüttenstadt ergab sich im Betrachtungszeitraum ein verhältnismäßig hoher Anteil von Mehrpersonenakten in Bezug auf die ablehnenden Entscheidungen. Auch dies bildet sich in der lokalen Schutzquote ab.

7. Inwiefern wurden Elemente der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in Deutschland vorzeitig umgesetzt bzw. ist dies geplant (bitte einzeln auflisten und ausführen), wie verhält sich dies insbesondere in Bezug auf Flughafenverfahren bei Asylsuchenden mit unter 20-prozentiger Anerkennungschance (vgl. Antwort zu Frage 4d auf Bundestagsdrucksache 20/14272), und welche Zahlen und Erfahrungen zu einer solchen vorzeitigen Umsetzung der GEAS-Reform liegen gegebenenfalls vor (bitte so ausführlich wie möglich darstellen)?

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ist im Juni 2024 in Kraft getreten. Bis Mitte 2026 müssen die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit schaffen bzw. umsetzen.

Das Bundeskabinett hat am 6. November 2024 mit dem GEAS-Anpassungsgesetz und dem GEAS-Anpassungsfolgesgesetz die Gesetzentwürfe für die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die GEAS-Reform in Deutschland vorgelegt. Das parlamentarische Verfahren konnte aufgrund des vorzeitigen Endes der Legislaturperiode nicht abgeschlossen werden.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems (InnSichVG) wurde ein Leistungsausschluss für sogenannte „Dublin-Fälle“ in § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) geregelt und damit eine Maßnahme, die in der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems verankert ist, vorgezogen. Die Regelung ist zum 31. Oktober 2024 in Kraft getreten. Die Änderung im AsylbLG erfolgte in Umsetzung der neuen Aufnahme-Richtlinie (Richtlinie (EU) 2024/1346) in nationales Recht. Die Europäische Kommission hat hierzu erklärt, dass Maßnahmen der neuen Aufnahme-Richtlinie, darunter auch der zuvor genannte Leistungsausschluss, schon vorzeitig zur Anwendung gebracht werden können. Die Länder führen das AsylbLG in eigener Angelegenheit aus. Der Bundesregierung liegen dementsprechend keine Zahlen oder eigene Erfahrungen vor.

8. Asylsuchende welcher Herkunftsstaaten erhielten im Jahr 2024 zu weniger als 20 Prozent vom BAMF einen internationalen Schutzstatus (bitte die 15 zahlenmäßig stärksten dieser Herkunftsländer mit den jeweiligen Schutzquoten und den absoluten Zahlen der Asylgesuche auflisten sowie die Gesamtzahl dieser Asylsuchenden mit unter 20-prozentiger Anerkennungschance im Jahr 2024 nennen), und welche Herkunftsländer unterschritten die 20-Prozent-Marke nur deshalb, weil ein nationaler Abschiebungsschutz bei der Berechnung der Schutzquote nicht berücksichtigt wurde?

Die Herkunftsländer Irak und Guinea unterschreiten die 20-Prozent-Marke im Sinne der zweiten Teilfrage. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	Asylanträge	Schutzquote (ohne Abschiebungsverbote gem. § 60 V/VII AufenthG)
Gesamt	110 344	6,7 %
darunter:		
Türkei	31 056	9,3 %
Irak	9 046	18,4 %
Russische Föderation	5 625	4,9 %
Kolumbien	3 909	0,2 %
Georgien	3 514	0,1 %

Staatsangehörigkeit	Asylanträge	Schutzquote (ohne Abschiebungsverbote gem. § 60 V/VII AufenthG)
Guinea	3 246	18,8 %
Venezuela	3 062	3,8 %
Nordmazedonien	2 817	0,0 %
Nigeria	2 523	4,6 %
Algerien	2 490	1,2 %
Kosovo	2 305	0,2 %
Serbien	2 275	0,1 %
Moldau, Republik	2 238	0,0 %
Tunesien	2 165	1,4 %
Pakistan	2 127	8,0 %

- a) Wie lauten diese Zahlen, wenn statt der „unbereinigten“ die um formelle Entscheidungen bereinigten Schutzquoten herangezogen werden?

Das Herkunftsland Nigeria unterschreitet die 20-Prozent-Marke im Sinne der zweiten Teilfrage zu Frage 8. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	Asylanträge	Schutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen und ohne Beteiligung von Abschiebungsverbote gem. § 60 V/VII AufenthG
Gesamt	92 940	9,3 %
darunter:		
Türkei	31 056	12,3 %
Russische Föderation	5 625	9,6 %
Kolumbien	3 909	0,2 %
Georgien	3 514	0,1 %
Venezuela	3 062	4,0 %
Nordmazedonien	2 817	0,0 %
Nigeria	2 523	8,6 %
Algerien	2 490	2,7 %
Kosovo	2 305	0,2 %
Serbien	2 275	0,3 %
Moldau, Republik	2 238	0,1 %
Tunesien	2 165	2,3 %
Pakistan	2 127	11,8 %
Armenien	1 943	0,5 %
Marokko	1 892	6,6 %

- b) Wie wird das BAMF die Bestimmung nach Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe j der EU-Asylverfahrensverordnung 2024/1348 vom 14. Mai 2024 umsetzen, wonach Personengruppen bei der Anwendung von Grenzverfahren infolge der 20-Prozent-Quote ausgenommen werden sollen, bei denen diese Quote nicht als repräsentativ für ihren Schutzbedarf angesehen werden kann, wobei auch nachträgliche gerichtliche Entscheidungen berücksichtigt werden sollen (bitte so genau wie möglich zu möglichen Personengruppen und der Art und Weise der Berücksichtigung der Rechtsprechung ausführen)?

Die Umsetzung des Art. 42 Abs. 1 Buchstabe j der EU-Asylverfahrensverordnung 2024/1348 (AsylVerfVO) beruht grundsätzlich auf der gesamteuropäischen Datenerfassung, die eine einheitliche Umsetzung sicherstellen soll. Für die Entscheidung, ob für eine Personengruppe eine errechnete Schutzquote von 20 Prozent oder weniger als nicht repräsentativ erachtet werden kann, bedarf es belastbarer Erkenntnisquellen. Das BAMF wird, wie bereits nach heutigem Recht, alle vorliegenden Herkunftsländerinformationen heranziehen und bewerten, um die von der Regelung des Art. 42 Abs. 1 Buchstabe j AsylVerfVO auszuschließenden Personengruppen zu identifizieren. Die Regelung wird voraussichtlich insbesondere für Personengruppen relevant sein, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie Verfolgung unterliegen oder von geschlechtsspezifischer Verfolgung betroffen sind.

- c) Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung dazu vor, welche Asylsuchenden welcher Herkunftsstaaten nach den aktuellen EU-Zahlen aufgrund einer unter 20-prozentigen Anerkennungschance in das obligatorische Grenzverfahren müssten, gibt es entsprechende Berechnungen bzw. Planspiele bzw. Kalkulationen der EU-Kommission, des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) oder des BAMF zur Vorbereitung der Umsetzung des GEAS (wenn ja, welche mit welchem Ergebnis, und wenn nein, warum nicht)?

Die Berechnung, ob in Bezug auf einen Drittstaat die Schutzquote unionsweit im Jahresdurchschnitt weniger als 20 Prozent beträgt, erfolgt auf Basis der neuesten verfügbaren Eurostat-Daten. Der Bundesregierung liegen auf Basis der derzeit verfügbaren Daten keine Berechnungen/Planspiele/Kalkulationen vor. Die Bundesregierung wird sich rechtzeitig vor Anwendung des neuen verpflichtenden Asylgrenzverfahrens auf Basis der dann verfügbaren Zahlen vorbereiten. Auf die frei zugänglichen Daten und Statistiken von Eurostat wird hingewiesen: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/>

- d) Bei welchen relevanten Herkunftsländern lag die Schutzquote des BAMF deutlich unterhalb des EU-Durchschnittswerts für diese Länder (z. B.: Schutzquoten nur halb so hoch oder 10 Prozent unterhalb des Durchschnittswerts), und wie ist das gegebenenfalls jeweils zu erklären (bitte ausführen)?

Die Frage kann in Ermangelung entsprechend verfügbarer aktueller Daten zu europäischen Schutzquoten derzeit nicht beantwortet werden.

9. Wie lauten die geschlechtsspezifisch differenzierten Anerkennungszahlen zu Asylsuchenden aus Afghanistan bzw. aus dem Iran für das Jahr 2024 in absoluten und relativen Zahlen (bitte jeweils auch nach den Formen der Anerkennung bzw. Ablehnung bzw. sonstigen Erledigungen differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Afghanistan: Entscheidungen über Asylanträge von weiblichen und männlichen Antragstellenden													
Zeitraum & Geschlecht		Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)		Sonstige Verfahrenserledigungen	
Jahr 2024	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Männlich	34 164	172	0,5 %	7 418	21,7 %	420	1,2 %	16 611	48,6 %	2 308	6,8 %	7 235	21,2 %
Weiblich	8 835	364	4,1 %	6 473	73,3 %	355	4,0 %	320	3,6 %	13	0,1 %	1.310	14,8 %

Iran: Entscheidungen über Asylanträge von weiblichen und männlichen Antragstellenden													
Zeitraum & Geschlecht		Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)		Sonstige Verfahrenserledigungen	
Jahr 2024	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Männlich	4 726	76	1,6 %	1 012	21,4 %	40	0,8 %	27	0,6 %	2 356	49,9 %	1 215	25,7 %
Weiblich	3 188	94	2,9 %	880	27,6 %	90	2,8 %	30	0,9 %	1 524	47,8 %	570	17,9 %

10. Wie viele Asylverfahren von Asylsuchenden aus palästinensischen Gebieten (z. B. Gaza) sind vor dem Hintergrund des Entscheidungsstopps im BAMF derzeit anhängig, wie hoch ist die Zahl der diesbezüglich eingelegten bzw. entschiedenen Untätigkeitsklagen, und mit welchen Ergebnissen wurden diese Klagen bislang entschieden (bitte differenziert darstellen)?

Zum Stichtag 31. Januar 2025 waren 1 220 Asylverfahren mit der Staatsangehörigkeitsbezeichnung „Personen aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)“ beim BAMF anhängig.

Im Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis zum 31. Dezember 2023 wurden vier Untätigkeitsklagen eingereicht und keine entschieden. Im Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 wurden 283 Untätigkeitsklagen eingereicht. Die Entscheidungen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Entscheidung	Anzahl
Gesamt	162
davon	
Subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	3
Formelle Verfahrenserledigung	37
Untätigkeitsklage stattgegeben	122

11. Ist die Prüfung des BAMF zu den Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 4. Oktober 2024 in den Rechtssachen C-608 und 609/22, wonach afghanischen Frauen unabhängig von den Einzelfallumständen aufgrund der kumulativen Diskriminierungssituation in Afghanistan Flüchtlingsschutz gewährt werden muss, inzwischen abgeschlossen (wenn ja, mit welchem Ergebnis und welchen Konsequenzen, und wenn nein, warum nicht; vgl. Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 20/14272), warum prüft das BAMF offenbar nicht von sich aus (vgl. ebd.) eine Aufhebung und Abänderung von Asylbescheiden von noch in Deutschland lebenden Afghaninnen, soweit diesen nur subsidiärer oder Abschiebungsschutz gewährt wurde (oder gar eine Ablehnung erfolgt ist), obwohl dies nach Auffassung der Fragestellenden aus dem genannten Urteil des EuGH folgt (bitte ausführen und begründen), und wie viele afghanische Frauen leben derzeit in Deutschland als Asylsuchende, Geduldete, mit einem subsidiärem Schutzstatus oder mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte getrennt auflisten)?

Die Prüfung des BAMF zu den Auswirkungen des o. g. Urteils ist abgeschlossen. Nach den Ausführungen im Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) können die zuständigen nationalen Behörden bei Anträgen auf internationalen Schutz, die von Frauen, die Staatsangehörige von Afghanistan sind, gestellt werden, davon ausgehen, dass es derzeit nicht erforderlich ist, bei der individuellen Prüfung der Situation einer Antragstellerin auf internationalen Schutz festzustellen, dass diese bei einer Rückkehr in ihr Herkunftsland tatsächlich und spezifisch Verfolgungshandlungen zu erleiden droht, sofern die Umstände hinsichtlich ihrer individuellen Lage wie ihre Staatsangehörigkeit oder ihr Geschlecht erwiesen sind und dass die zuständige nationale Behörde nicht verpflichtet ist, bei der Feststellung, ob angesichts der im Herkunftsland einer Frau zum Zeitpunkt der Prüfung ihres Antrags auf internationalen Schutz vorherrschenden Bedingungen diskriminierende Maßnahmen, denen sie in diesem Land ausgesetzt war oder ausgesetzt sein könnte, Verfolgungshandlungen darstellen, im Rahmen der individuellen Prüfung dieses Antrags andere Aspekte ihrer persönlichen Umstände als ihr Geschlecht oder ihre Staatsangehörigkeit zu berücksichtigen. Eine Verpflichtung zur Feststellung von Flüchtlingsschutz – unabhängig von jeglichen Einzelfallumständen – ergibt sich aus dem Urteil des EuGH nicht.

Auch nach der bisherigen Entscheidungspraxis des BAMF wird afghanischen Frauen und Mädchen in der Regel die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt.

Die Überprüfung asylrechtlicher Entscheidungen ist durch das in nationale Recht umgesetzte Recht der Europäischen Union abschließend geregelt. Im

Fälle von (teil-)ablehnenden beziehungsweise schutzaufhebenden Entscheidungen des BAMF kann der Ausländer Rechtsmittel einlegen. Bestandskräftige Entscheidungen des BAMF können durch das BAMF nur im Rahmen eines Widerrufs- beziehungsweise Rücknahmeverfahrens von Amts wegen überprüft werden, wenn das BAMF Kenntnis von Umständen oder Tatsachen erhält, die einen Widerruf oder eine Rücknahme rechtfertigen könnte (§ 73b AsylG). Im Übrigen setzt die erneute Prüfung der Asylberechtigung und des internationalen Schutzes einen Folgeantrag voraus (§ 71 AsylG).

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren im AZR 158 676 aufhältige weibliche Personen mit afghanischer Staatsangehörigkeit erfasst, darunter:

10 638 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung (Asylsuchende), 1 054 Personen mit einer Duldung, 7 621 Personen mit einem subsidiären Schutz nach § 25 Abs. 2 AufenthG, sowie 43 325 Personen mit einem Abschiebungsverbot nach § 25 Abs. 3 AufenthG.

12. Wie viele Ablehnungen und wie viele Abschiebungsandrohungen des BAMF gab es im Jahr 2024 gegenüber unbegleiteten Minderjährigen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde in diesem Zeitraum gegenüber unbegleiteten Minderjährigen keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags erlassen, z. B. weil im Herkunftsland keine geeigneten Aufnahmemöglichkeiten zur Verfügung standen (bitte ebenfalls nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2024	Ablehnungen
Gesamt	467
davon	
Syrien	0
Afghanistan	27
Türkei	177
Somalia	8
Guinea	61
Tunesien	35
Irak	29
Ungeklärt	4
Iran	24
Marokko	14

Jahr 2024	Abschiebungsandrohung auch in Herkunftsstaat	Abschiebungsandrohung nur in Drittstaat	Abschiebungsanordnung in sich. Drittstaat
Gesamtergebnis	377	12	11
davon:			
Syrien	0	9	8
Afghanistan	30	2	1
Türkei	139	0	0
Somalia	9	1	1
Guinea	43	0	0
Tunesien	24	0	0
Irak	25	0	0
Ungeklärt	6	0	0
Iran	20	0	0
Marokko	13	0	0

Jahr 2024	Keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Antrags *
Gesamtergebnis	172
davon	
Syrien	0
Afghanistan	7
Türkei	54
Somalia	1
Guinea	28
Tunesien	13
Irak	9
Ungeklärt	2
Iran	6
Marokko	5

* Hinweis: Es liegen keine Daten darüber vor, aus welchen Gründen die Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags entfällt.

13. In wie vielen Fällen hat das BAMF im Jahr 2024 infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 15. Februar 2023 in der Rechtssache C-484/22 von Abschiebungsandrohungen abgesehen (bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern, nach Geschlecht, Volljährigkeit bzw. Minderjährigkeit und, soweit möglich, nach den Gründen: Kindeswohl, familiäre Bindungen, Gesundheitszustand differenzieren), wie viele entsprechende Prüfungen wurden vom BAMF vorgenommen, und wie beurteilt das BAMF die Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden in diesen Fällen (gibt es gegebenenfalls statistisch nicht belastbare Daten zu diesen Fragen, und wenn ja, welche, vgl. Antwort zu Frage 11 auf Bundestagsdrucksache 20/8222)?

Statistische Angaben im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor.

Die Bundesregierung weist jedoch darauf hin, dass mit dem Gesetz zur Verbesserung der Rückführung, welches am 27. Februar 2024 in Kraft getreten ist, eine neue Nummer 4 in § 34 Absatz 1 Satz 1 AsylG aufgenommen wurde, nach welcher bei dem Erlass einer Abschiebungsandrohung durch das BAMF geprüft werden muss, ob weder das Kindeswohl noch familiäre Bindungen noch der Gesundheitszustand des Ausländers der Abschiebung entgegenstehen.

14. Wie viele Asylsuchende wurden im Jahr 2024 registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen), wie ist die Zahl der Asylsuchenden, die noch keinen Asylantrag stellen konnten, zum letzten Stand (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten), und gibt es derzeit relevante Zeitverzögerungen bei der Asylantragstellung (bitte ausführen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 2024	17 801	26 376
Februar 2024	15 402	19 494
März 2024	14 703	16 430

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
April 2024	17 435	17 500
Mai 2024	17 105	17 231
Juni 2024	16 189	16 773
Juli 2024	19 079	18 503
August 2024	18 887	18 427
September 2024	18 803	18 113
Oktober 2024	18 681	19 785
November 2024	15 394	16 127
Dezember 2024	13 195	12 178
Januar - Dezember 2024	213 499	229 751

*Hinweis: Aufgrund nachträglicher Änderungen können die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert addiert werden.

Land	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand 31.12.2024)
Gesamt	14 956
davon	
Baden-Württemberg	1 443
Bayern	2 171
Berlin	257
Brandenburg	400
Bremen	131
Hamburg	180
Hessen	414
Mecklenburg-Vorpommern	214
Niedersachsen	1 165
Nordrhein-Westfalen	2 350
Rheinland-Pfalz	686
Saarland	95
Sachsen	780
Sachsen-Anhalt	442
Schleswig-Holstein	391
Thüringen	452
Unbekannt*	3 385

*Registrierungen mit Bundesland „unbekannt“ sind solche, die hauptsächlich von polizeilichen Stellen vorgenommen wurden. Bei dieser Registrierung kann oftmals noch kein Land zugeordnet werden. Dieses wird dann nachträglich bei der Asylantragstellung bestimmt.

Staatsangehörigkeit	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand 31.12.2024)
Gesamt	14 956
Darunter	
Syrien	3 796
Afghanistan	1 541
Türkei	1 173
Algerien	466
Marokko	459
Irak	447

Staatsangehörigkeit	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand 31.12.2024)
China	419
Russische Föderation	419
Somalia	331
Iran	328

Hinsichtlich der letzten Teilfrage kann davon ausgegangen werden, dass es allgemein keine relevanten Zeitverzögerungen bei der Asylantragstellung gibt.

15. Worauf genau bezog sich Bundeskanzler Olaf Scholz, als er laut einem Medienbericht gesagt haben soll, es habe im Jahr 2023 300 000 „irreguläre“ Einreisen nach Deutschland gegeben (vgl. www.migazin.de/2024/10/20/wenig-konkretes-eu-migrationsgipfel-alleingaenge/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=migletter-free_2024; bitte die jeweilige Quelle und entsprechende Zahlen nennen; Nachfrage zur insoweit nach Auffassung der Fragestellenden unbeantwortet gebliebenen Frage 10 auf Bundestagsdrucksache 20/14272; laut Antwort zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 20/12827 gab es 2023 127 549 – und nicht 300 000 – unerlaubte Einreisen nach Deutschland)?

Die in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Gruppe Die Linke auf Bundestagsdrucksache 20/12827 genannte Zahl betrifft die durch die Bundespolizei gemäß Polizeilicher Eingangstatistik festgestellten unerlaubten Einreisen. Irreguläre Migration geht über diese Feststellungen durch die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden hinaus. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 10 der Kleinen Anfrage der Gruppe Die Linke auf Bundestagsdrucksache 20/14272 verwiesen.

16. Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im Jahr 2024 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, Sonstiges), mit denen ihre Herkunft bzw. Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie hoch war die bereinigte Schutzquote im Jahr 2024 bei Asylsuchenden ohne Identitätspapiere?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren Jahr 2024				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	145 401	72 781	72 620	49,9 %
darunter:				
Syrien	48 442	32 201	16 241	33,5 %
Afghanistan	19 828	7 592	12 236	61,7 %
Türkei	18 805	9 069	9 736	51,8 %
Irak	4 108	2 584	1 524	37,1 %
Somalia	3 750	289	3 461	92,3 %
Iran	4 068	1 609	2 459	60,4 %

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren Jahr 2024				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Ungeklärt	3 211	1 061	2 150	67,0 %
Russische Föderation	2 644	1 420	1 224	46,3 %
Kolumbien	2 861	2 745	116	4,1 %
Eritrea	967	241	726	75,1 %
Guinea	1 629	58	1 571	96,4 %
Venezuela	2 147	2 098	49	2,3 %
Georgien	1 675	1 188	487	29,1 %
Nigeria	1 221	180	1 041	85,3 %
Algerien	1 897	89	1 808	95,3 %

* Pass, Passersatz, Personalausweis

Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF lag im Zeitraum Januar bis Dezember 2024 bei Asylsuchenden ohne Identitätspapiere bei 52,2 Prozent.

17. In wie vielen Fällen wurden im Jahr 2024 mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und ein Ergebnisprotokoll erstellt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?
- Zu welchem Anteil verfügten im Jahr 2024 Asylsuchende, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt werden konnte, über mobile Datenträgergeräte, zu welchem Anteil konnten diese technisch ausgelesen werden, und in wie vielen Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte so konkret wie möglich antworten)?
 - In wie vielen der Fälle, in denen eine Datenauslesung im Jahr 2024 erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, und in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert wie möglich und in absoluten und relativen Zahlen antworten)?
 - In wie vielen der Fälle, in denen der Ergebnisreport der Datenauslesung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft bzw. Identität bzw. Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Die Fragen 17 bis 17c werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Das Auslesen mobiler Datenträger ist ein Assistenzsystem, um die Aussagen von Antragstellenden ohne Identitätsdokumente zu ihrer Herkunft und Identität zu plausibilisieren. Grundsätzlich gilt dabei, dass eine Verifikation der Identität und Staatsangehörigkeit ein für das Asylverfahren ebenso relevantes Ergebnis darstellt wie das Widerlegen bzw. Bestätigen von Aussagen zur Identität und Staatsangehörigkeit. Die Klärung und Feststellung von Identität und Staatsangehörigkeit ist aber immer der Durchführung der persönlichen Anhörung vorbehalten. Die Entscheidung, ob das ressourcenintensive Auslesen und Auswerten von mobilen Datenträgern erfolgt, wird einzelfallbezogen durch den Entscheider getroffen. Die Erkenntnisse aus dem Auslesen mobiler Datenträger sind lediglich unterstützende Hinweise. Mit Datenstand vom 5. Januar 2025 liegt die Anzahl der ausgelesenen mobilen Datenträger für 2024 bei 1 274. Weitere Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen liegen nicht vor.

18. Wie viele Asylanträge wurden im Jahr 2024 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder gestellt, wie viele Asylanträge wurden in dem genannten Zeitraum von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2024 bei 92,9 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 87,4 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 51,7 Prozent. Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag

im genannten Zeitraum bei 96,1 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 92,0 Prozent, und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 62,5 Prozent. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben.

	Jahr 2024	
	absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt	229 751	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	84 350	36,7 %
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	70 211	30,6 %
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	3 664	1,6 %
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	6 219	2,7 %
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	14 139	6,2 %
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	9 680	4,2 %
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	40	0,0 %

19. Wie viele der Asylsuchenden im Jahr 2024 waren sogenannte Nachgeborene, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nur zu Asylantragstellenden vor. 21 270 Asylantragstellende im Jahr 2024 waren so genannte „Nachgeborene“, d. h. in Deutschland geborene Kinder (und zum Zeitpunkt der Asylantragstellung unter einem Jahr alt), davon 5 598 Kinder von Asylantragstellenden und 4 689 von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen (Artikel 16a Grundgesetz und § 3 Absatz 1 AsylG). Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr 2024	Absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	21 270	9,3 %
darunter:		
Syrien	7 211	9,4 %
Afghanistan	2 269	6,6 %
Türkei	2 150	7,4 %
Irak	1 683	21,5 %
Somalia	839	12,1 %
Iran	302	5,8 %
Ungeklärt	627	13,2 %
Russische Föderation	420	8,9 %
Kolumbien	65	1,7 %
Eritrea	1 212	38,7 %

20. Welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im Jahr 2024 (bitte nach verschiedenen Schutzstatus, Ablehnung, Ablehnung als offensichtlich unbegründet, Dublin-Entscheidung, sonstiger Verfahrenserledigung und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr 2024	Entscheidungen über Erstanträge								
	Gesamt	Anerkennung als asylberechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgelehnt)	Entscheidungen im Dublin-Verfahren (z. B. § 29 INr. 1 AsylG)	sonstige Verfahrenserledigungen (ohne Dublin-Entscheidungen)
Herkunftsländer gesamt	7 827	11	357	4 478	2 129	467	35	13	337
darunter									
Syrien	4 479	1	26	4 353	4	-	-	9	86
Afghanistan	2 245	6	210	33	1 898	27	-	1	70
Somalia	226	3	59	49	98	8	-	1	8
Türkei	233	-	4	2	2	177	5	-	43
Guinea	151	-	8	9	41	61	-	-	32
Gambia	26	-	4	-	4	12	1	1	4
Irak	45	-	-	-	10	29	-	-	6
Benin	20	-	-	2	4	13	-	-	1
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	20	-	2	1	6	5	-	-	6
Ungeklärt	41	-	21	7	1	4	-	-	8
Iran	33	-	5	2	1	23	-	-	2
Kamerun	10	-	-	1	4	2	1	-	2
Ägypten	11	-	-	-	-	9	1	-	1
Sierra Leone	26	-	7	-	9	4	-	-	6
Äthiopien	12	-	3	1	-	5	-	-	3

21. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im Jahr 2024 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, und wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden, die auf den Daten der Polizeilichen Eingangstatistik der Bundespolizei beruhen.

Übergabe an Jugendämter von alleinreisenden Minderjährigen nach unerlaubter Einreise im Jahr 2024		davon die fünf am häufigsten festgestellten Staatsangehörigkeiten				
Grenze	Gesamt	syrisch	afghanisch	somalisch	guineisch	marokkanisch
Belgien	228	6	30	11	23	42
Dänemark	9	0	2	2	0	1
Frankreich	420	107	65	14	81	27
Luxemburg	29	11	1	0	0	4
Niederlande	27	4	2	2	0	5
Polen	688	49	109	332	3	12
Schweiz	1 252	387	347	82	152	39
Tschechien	64	42	3	0	4	0

Übergabe an Jugendämter von alleinreisenden Minderjährigen nach unerlaubter Einreise im Jahr 2024		davon die fünf am häufigsten festgestellten Staatsangehörigkeiten				
Grenze	Gesamt	syrisch	afghanisch	somalisch	guineisch	marokkanisch
Österreich	643	428	89	20	5	11
keine Angaben möglich	180	58	32	15	25	16
Luftgrenze	42	28	3	0	0	1
Seegrenze	3	0	1	1	0	0
Gesamt	3 585	1 120	684	479	293	158

Zurückweisungen von alleinreisenden Minderjährigen im Rahmen der unerlaubten Einreise im Jahr 2024		davon die fünf am häufigsten festgestellten Staatsangehörigkeiten				
Grenze	Gesamt	syrisch	afghanisch	somalisch	guineisch	marokkanisch
Belgien	2	0	0	0	0	1
Dänemark	0	0	0	0	0	0
Frankreich	90	19	11	2	13	4
Luxemburg	3	2	0	0	0	0
Niederlande	12	6	1	1	0	0
Polen	44	1	0	5	0	0
Schweiz	1 370	414	316	64	125	82
Tschechien	0	0	0	0	0	0
Österreich	125	27	57	7	1	2
Luftgrenze	10	0	0	0	0	0
Seegrenze	1	0	0	0	0	0
Gesamt	1 657	469	385	79	139	89

Zurückschiebungen von alleinreisenden Minderjährigen im Rahmen der unerlaubten Einreise im Jahr 2024		davon die fünf am häufigsten festgestellten Staatsangehörigkeiten				
Grenze	Gesamt	syrisch	afghanisch	somalisch	guineisch	marokkanisch
Belgien	0	0	0	0	0	0
Dänemark	0	0	0	0	0	0
Frankreich	194	7	12	2	66	19
Luxemburg	0	0	0	0	0	0
Niederlande	12	7	0	0	0	1
Polen	0	0	0	0	0	0
Schweiz	8	0	1	0	0	1
Tschechien	0	0	0	0	0	0
Österreich	2	1	0	0	0	0
Luftgrenze	0	0	0	0	0	0
Seegrenze	0	0	0	0	0	0
Gesamt	216	15	13	2	66	21

22. Wie viele Asylanträge wurden im Jahr 2024 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr 2024	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	91 940	34 729	37,8 %
darunter:			
Syrien	27	4	14,8 %
Afghanistan	2 321	108	4,7 %
Türkei	29 704	7 167	24,1 %
Irak	5 553	1 008	18,2 %
Somalia	362	27	7,5 %
Iran	3 880	461	11,9 %
Ungeklärt	464	237	51,1 %
Russische Föderation	3 652	884	24,2 %
Kolumbien	4 632	412	8,9 %
Eritrea	526	28	5,3 %
Guinea	1 104	259	23,5 %
Venezuela	2 784	715	25,7 %
Georgien	4 707	4 627	98,3 %
Nigeria	1 395	324	23,2 %
Algerien	1 482	1 103	74,4 %

23. Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im Jahr 2024 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen), in wie vielen Fällen wurden Rechtsmittel gegen eine Ablehnung als offensichtlich unbegründet eingelegt, und was waren die Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfung (bitte nach den wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2024	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	413	76	227	180	0
darunter:					
Syrien	89	11	87	0	0
Iran	50	13	38	12	0
Irak	41	15	9	32	0
Afghanistan	38	4	36	2	0
Marokko	20	0	1	19	0
Kongo, Dem. Republik	15	2	4	11	0
Simbabwe	15	6	2	13	0
Pakistan	14	6	4	10	0
Sri Lanka	13	3	0	11	0
Senegal	12	0	3	9	0

Jahr 2024	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	413	76	227	180	0
Flughafen Berlin	64	9	47	17	0
Flughafen Frankfurt	286	48	141	139	0
Flughafen München	63	19	39	24	0

Staatsangehörigkeit	Rechtsmittel Verwaltungsgericht		
	eingelegt	stattgegeben	abgelehnt
Insgesamt	147	10	112
Syrien	0	0	0
Iran	6	2	3
Irak	29	0	18
Afghanistan	1	0	1
Marokko	15	0	15
Kongo, Dem. Republik	11	1	9
Simbabwe	12	4	2
Pakistan	9	1	8
Sri Lanka	11	0	10
Senegal	7	0	6

24. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das Jahr 2024 (bitte jeweils in der Differenzierung wie in der Antwort zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 20/432 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Belarus, Ukraine, Russische Föderation und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

01.01 – 31.12.2024 (Stand: 15.02.2025)		Erst- und Folgeanträge										anhängige Rechts- mittel
		Eingeleg- te Klagen	Gerichtsscheidungen									
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flücht- lingschutz	subsidii- rer Schutz	Abschie- bungsver- bot	Ablehnungen		sonst. Verfahrens- erledigungen (z. B. Rücknahmen)			
							absolut	Anteil	absolut	Anteil		
Staatsangehörigkeiten ge- samt		111 095	204	3 145	1 055	2 434	31 144	32,7 %	57 154	60,1 %	135 464	
Türkei		32 408	66	616	40	71	7 103	42,5 %	8 811	52,7 %	36 163	
Syrien		10 275	4	212	10	53	3 010	25,0 %	8 734	72,6 %	13 787	
Afghanistan		6 849	3	180	21	174	335	5,8 %	5 057	87,6 %	6 678	
Irak		6 842	9	236	100	563	4 082	44,6 %	4 155	45,4 %	16 670	
Iran		4 622	48	856	44	46	1 116	25,9 %	2 191	50,9 %	7 371	
Russische Föderation		4 446	3	63	88	62	889	24,6 %	2 514	69,5 %	6 034	
Kolumbien		4 025	7	-	1	3	600	59,7 %	394	39,2 %	4 352	
Georgien		3 903	-	6	13	40	2 743	41,4 %	3 826	57,7 %	3 465	
Venezuela		2 692	13	21	6	207	406	34,0 %	540	45,3 %	3 525	
Nigeria		2 060	2	36	12	240	1 069	37,6 %	1 482	52,2 %	2 733	
Pakistan		1 900	7	271	1	31	557	31,8 %	884	50,5 %	2 131	
Nordmazedonien		1 748	-	-	-	9	633	21,8 %	2 260	77,9 %	1 109	
Tunesien		1 654	2	7	1	10	516	41,1 %	718	57,3 %	1 186	
Guinea		1 527	-	28	2	42	294	28,9 %	650	64,0 %	1 739	
Armenien		1 522	-	5	5	27	429	39,0 %	634	57,6 %	1 722	
Serbien		1 104	-	-	-	20	395	25,4 %	1 143	73,4 %	768	
Kosovo		948	-	-	-	12	298	36,4 %	509	62,1 %	556	
Moldau, Republik		650	-	-	-	3	325	31,7 %	697	68,0 %	449	
Albanien		635	-	-	3	36	253	25,7 %	694	70,4 %	583	
Bosnien und Herzegowi- na		441	-	-	-	9	125	21,9 %	437	76,5 %	302	
Ghana		185	1	1	-	8	50	25,9 %	133	68,9 %	284	
Senegal		121	-	4	-	3	32	28,8 %	72	64,9 %	107	
Montenegro		111	-	-	-	4	41	24,0 %	126	73,7 %	121	
Algerien		1 041	1	6	1	12	392	41,4 %	536	56,5 %	622	
Marokko		828	-	6	4	15	187	29,0 %	433	67,1 %	678	

Vorbereitung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Erst- und Folgeanträge											
01.01 – 31.12.2024 (Stand: 15.02.2025)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen						sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		anhängige Rechtsmittel	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Ukraine	606	139	-	-	14	6	9	6,5 %	110	79,1 %	698
Belarus	172	276	-	-	-	2	86	31,2 %	188	68,1 %	198

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

01.01. – 31.12.2024 (Stand: 15.02.2025)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen						anhängige Rechtsmittel	
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/Flüchtlingsseignschaft/subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut		Anteil
Staatsangehörigkeiten gesamt	912	1 573	735	46,7 %	163	10,4 %	675	42,9 %	2 041
darunter:									
Syrien	223	216	84	38,9 %	20	9,3 %	112	51,9 %	388
Irak	184	482	279	57,9 %	26	5,4 %	177	36,7 %	552
Afghanistan	71	85	19	22,4 %	16	18,8 %	50	58,8 %	153
Ungeklärt	46	52	18	34,6 %	8	15,4 %	26	50,0 %	115
Türkei	43	68	39	57,4 %	3	4,4 %	26	38,2 %	100
Iran	36	65	28	43,1 %	7	10,8 %	30	46,2 %	75
Russische Föderation	34	70	46	65,7 %	9	12,9 %	15	21,4 %	105
Armenien	29	78	46	59,0 %	1	1,3 %	31	39,7 %	41
Eritrea	22	66	18	27,3 %	16	24,2 %	32	48,5 %	46
Äthiopien	22	43	31	72,1 %	4	9,3 %	8	18,6 %	36
Libanon	22	35	8	22,9 %	6	17,1 %	21	60,0 %	47
Nigeria	20	44	10	22,7 %	10	22,7 %	24	54,5 %	41
Kosovo	17	34	24	70,6 %	2	5,9 %	8	23,5 %	23
Jordanien	15	15	3	20,0 %	6	40,0 %	6	40,0 %	26
Aserbaidschan	14	21	5	23,8 %	4	19,0 %	12	57,1 %	17
Serbien	5	15	10	66,7 %	2	13,3 %	3	20,0 %	7
Albanien	3	7	2	28,6 %	-	-	5	71,4 %	3
Georgien	3	1	1	100,0 %	-	-	-	-	3
Bosnien und Herzegowina	2	2	1	50,0 %	-	-	1	50,0 %	4
Montenegro	2	1	-	-	-	-	1	100,0 %	2
Moldau, Republik	1	2	-	-	-	-	2	100,0 %	1
Ghana	1	5	1	20,0 %	-	-	4	80,0 %	9
Senegal	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Nordmazedonien	-	2	-	-	-	-	2	100,0 %	-
Marokko	5	7	2	28,6 %	-	-	5	71,4 %	5
Ukraine	4	-	-	-	-	-	-	-	10
Tunesien	2	3	-	-	3	100,0 %	-	-	5
Belarus	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Algerien	-	6	3	50,0 %	1	16,7 %	2	33,3 %	4

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Wiederrufe:
01.01 – 31.12.2024	16,6	30,3

Gerichtssentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren.

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2024 (Stand: 15.02.2025)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt			
Türkei	1 028	238	1 266
Syrien	659	325	984
Afghanistan	527	203	730
Russische Föderation	341	77	418
Iran	140	129	269
Irak	186	71	257
Guinea	108	128	236
Nigeria	150	75	225
Somalia	127	26	153
Pakistan	108	9	117
Algerien	101	12	113
Angola	93	2	95
Armenien	61	31	92
Sri Lanka	80	9	89
Kamerun	36	48	84
Senegal	18	1	19
Georgien	7	6	13
Ghana	5	6	11
Albanien	8	1	9
Moldau, Republik	8	0	8
Nordmazedonien	5	0	5
Bosnien und Herzegowina	4	0	4
Serbien	0	2	2
Montenegro	0	1	1
Tunesien	51	29	80
Marokko	63	8	71
Belarus	48	1	49
Ukraine	6	0	6

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublin-Verfahren (in Tagen).

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2024 (Stand: 15.02.2025)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	46,1	33,5	23,7
darunter:			
Türkei	46,3	28,6	32,28
Syrien	38,3	52,6	17,9
Afghanistan	51,5	23,4	20,4
Russische Föderation	50,1	38,9	27,9
Iran	37,7	12,4	26,2

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2024 (Stand: 15.02.2025)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Irak	62,9	49,5	41,1
Guinea	24,7	13,9	21,0
Nigeria	34,4	25,3	49,0
Somalia	21,9	12,3	23,0
Pakistan	45,4	18,0	2,0
Algerien	29,9	4,0	58,5
Angola	16,0	19,7	8,0
Armenien	43,7	9,4	8,0
Sri Lanka	52,7	21,2	22,5
Kamerun	48,7	17,7	21,0
Senegal	13,6	0,0	7,0
Georgien	51,2	0,0	0,0
Ghana	24,1	29,0	0,0
Albanien	33,4	0,0	0,0
Moldau, Republik	43,0	0,0	0,0
Nordmazedonien	54,0	0,0	0,0
Bosnien und Herzegowina	108,8	0,0	0,0
Serbien	19,0	0,0	0,0
Montenegro	38,0	0,0	0,0
Tunesien	47,2	11,0	0,0
Marokko	41,9	6,0	0,0
Belarus	302,2	8,7	0,0

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt.

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2024 (Stand: 15.02.2025)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtent- scheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	32 034	11 762	43 796
darunter:			
Türkei	6 623	2 076	8 699
Syrien	2 693	2 334	5 027
Georgien	3 449	288	3 737
Afghanistan	2 064	1 061	3 125
Irak	1 290	1 051	2 341
Nordmazedonien	1 593	134	1 727
Russische Föderation	1 046	456	1 502
Armenien	818	193	1 011
Iran	521	473	994
Serbien	886	83	969
Tunesien	737	169	906
Kosovo	805	45	850
Nigeria	509	283	792
Ungeklärt	308	425	733
Aserbaidschan	585	100	685
Albanien	558	96	654
Moldau, Republik	557	31	588
Bosnien und Herzegowina	360	47	407
Ghana	104	47	151

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2024 (Stand: 15.02.2025)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Senegal	72	26	98
Algerien	555	71	626
Marokko	432	59	491
Belarus	124	8	132
Ukraine	80	31	111

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen).

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2024 (Stand: 15.02.2025)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	37,6	31,9	36,9
darunter:			
Türkei	33,8	26,7	42,1
Syrien	36,0	34,4	27,0
Georgien	34,1	27,9	41,7
Afghanistan	49,7	25,9	30,8
Irak	40,4	32,7	31,6
Nordmazedonien	45,1	20,2	39,6
Russische Föderation	44,6	57,1	33,6
Armenien	30,2	27,6	42,3
Iran	40,2	32,6	26,9
Serbien	29,5	25,8	31,4
Tunesien	34,3	15,2	44,3
Kosovo	24,5	14,4	47,0
Nigeria	42,2	37,8	41,3
Ungeklärt	36,0	28,1	19,1
Aserbaidschan	19,7	22,6	10,8
Albanien	50,0	46,7	58,3
Moldau, Republik	30,7	61,5	56,7
Bosnien und Herzegowina	32,5	71,4	33,3
Ghana	40,7	31,4	40,5
Senegal	28,7	40,0	24,5
Algerien	28,1	11,1	43,3
Marokko	27,0	10,9	16,4
Belarus	166,5	11,8	9,0
Ukraine	38,8	12,5	57,0

- a) Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im Jahr 2024 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Die folgenden Klagen auf Verpflichtung zur Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft bzw. auf Anerkennung der Asylberechtigung durch Antragstellende, denen durch das BAMF bereits subsidiärer Schutz zuerkannt wurde bzw. bzgl.

derer das Bestehen von Abschiebungsverboten durch das BAMF festgestellt wurde (sog. Aufstocker), waren zum Stichtag 31. Dezember 2024 anhängig.

anhängige Rechtsmittel	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	7.646
darunter:	
Syrien	7.041
Ungeklärt	143
Irak	104
Eritrea	78
Afghanistan	60
Jemen	39
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	36
Staatenlos	21
Somalia	19
Iran	18

anhängige Rechtsmittel	
nach Ländern	Klagen
Gesamt	7 646
Baden-Württemberg	1 466
Bayern	458
Berlin	696
Brandenburg	390
Bremen	106
Hamburg	201
Hessen	529
Mecklenburg-Vorpommern	264
Niedersachsen	788
Nordrhein-Westfalen	1 560
Rheinland-Pfalz	55
Saarland	87
Sachsen	395
Sachsen-Anhalt	239
Schleswig-Holstein	162
Thüringen	250

Die folgenden Klagen gegen die BAMF-Feststellung eines Abschiebungsverbotens waren zum Stichtag 31. Dezember 2024 anhängig.

anhängige Rechtsmittel	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	1 637
darunter:	
Afghanistan	865
Syrien	233
Somalia	146
Irak	128
Eritrea	44
Ungeklärt	29
Türkei	29
Jemen	20

anhängige Rechtsmittel	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Äthiopien	17
Nigeria	17

anhängige Rechtsmittel	
nach Ländern	Klagen
Gesamt	1 637
Baden-Württemberg	222
Bayern	176
Berlin	125
Brandenburg	61
Bremen	27
Hamburg	56
Hessen	172
Mecklenburg-Vorpommern	48
Niedersachsen	135
Nordrhein-Westfalen	383
Rheinland-Pfalz	31
Saarland	11
Sachsen	69
Sachsen-Anhalt	33
Schleswig-Holstein	74
Thüringen	14

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF allein auf subsidiären Schutz entschiedene Verfahren wurden wie folgt entschieden.

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
01.01. - 31.12.2024	5 401	4	254	5 143
darunter				
Syrien	5 052	4	204	4 844
Ungeklärt	69	0	11	58
Eritrea	54	0	2	52
Irak	45	0	3	42
Afghanistan	44	0	8	36
Iran	31	0	10	21
Jemen	25	0	1	24
Staatenlos	15	0	2	13
Sudan	14	0	0	14
Libyen	9	0	3	6

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
01.01. - 31.12.2024	5 401	4	254	5 143
Baden-Württemberg	579	0	68	511
Bayern	555	1	9	545
Berlin	791	0	9	782
Brandenburg	164	1	16	147
Bremen	112	2	50	60

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Hamburg	57	0	4	53
Hessen	589	0	18	571
Mecklenburg-Vorpommern	70	0	1	69
Niedersachsen	393	0	8	385
Nordrhein-Westfalen	1 263	0	39	1 224
Rheinland-Pfalz	106	0	5	101
Saarland	65	0	0	65
Sachsen	232	0	5	227
Sachsen-Anhalt	210	0	8	202
Schleswig-Holstein	61	0	3	58
Thüringen	154	0	11	143

Die folgenden Klagen gegen BAMF-Feststellung eines alleinigen Abschiebungsverbot wurden wie folgt entschieden.

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
01.01 – 31.12.2024	1 525	4	141	47	1 333
Afghanistan	981	3	97	16	865
Irak	139	0	18	2	119
Somalia	132	0	7	3	122
Syrien	77	0	0	3	74
Eritrea	32	0	0	11	21
Äthiopien	24	0	4	0	20
Nigeria	14	0	0	0	14
Sudan	13	0	0	1	12
Jemen	13	0	2	5	6
Iran	9	0	0	16	9

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
01.01 – 31.12.2024	1 525	4	141	47	1 333
Baden-Württemberg	151	0	12	3	136
Bayern	152	0	15	2	135
Berlin	115	1	8	1	105
Brandenburg	60	0	3	1	56
Bremen	22	0	5		17
Hamburg	52	0	19	6	27
Hessen	184	1	15	6	162
Mecklenburg-Vorpommern	41	0	9	2	30
Niedersachsen	106	0	11	10	85
Nordrhein-Westfalen	371	2	18	5	346
Rheinland-Pfalz	46	0	1	1	44
Saarland	11	0	0	0	11
Sachsen	51	0	5	1	45
Sachsen-Anhalt	37	0	4	0	33

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Schleswig-Holstein	88	0	14	7	67
Thüringen	38	0	2	2	34

- b) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im Jahr 2024 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf ablehnende Bescheide gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig differenzieren), und wie lautete die Klagequote in Bezug auf alle ablehnenden Bescheide des BAMF für das Jahr 2024?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt		davon Entscheidung „abgelehnt“		davon Entscheidung „o.u. abgelehnt“		davon Entscheidung „Unzulässig“	
	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil
01.01.-31.12.2024								
Stand 15.02.2025								
Gesamt	301 350	34,2 %	57 211	88,4 %	34 729	60,6 %	57 209	44,1 %
darunter:								
Syrien	93 808	9,5 %	23	69,6 %	4	50,0 %	14 846	37,6 %
Türkei	45 206	67,3 %	22 537	92,2 %	7 167	81,1 %	5 303	60,4 %
Afghanistan	42 999	14,2 %	2 213	93,0 %	108	75,9 %	7 532	40,4 %
Irak	11 397	55,0 %	4 545	85,6 %	1 008	74,4 %	2 431	62,7 %
Russische Föd.	8 003	50,7 %	2 768	83,5 %	884	71,5 %	2 905	35,3 %
Iran	7 914	54,9 %	3 419	93,9 %	461	84,2 %	1 295	52,3 %
Georgien	6 065	60,4 %	80	87,5 %	4 627	64,2 %	992	59,5 %
Somalia	5 181	24,9 %	335	95,2 %	27	66,7 %	1 422	56,7 %
Kolumbien	5 002	82,8 %	4 220	89,7 %	412	75,5 %	89	37,1 %
Ungeklärt	3 902	26,8 %	227	72,2 %	237	58,6 %	1.138	55,1 %
Nordmazedonien	3 817	40,7 %	3	0,0 %	2.046	45,2 %	1.540	40,2 %
Eritrea	3 801	15,5 %	498	81,9 %	28	71,4 %	273	41,0 %
Venezuela	3 701	72,5 %	2.069	95,0 %	715	91,6 %	71	69,0 %
Tunesien	3 569	43,8 %	826	69,5 %	1.324	52,0 %	784	30,5 %
Algerien	3 365	29,5 %	379	65,2 %	1.103	38,8 %	1.215	23,2 %
Serbien	2 735	36,8 %	2	100,0 %	1 481	39,6 %	1 132	36,3 %
Moldau, Republik	2 505	24,8 %	2	100,0 %	950	31,4 %	1 514	20,7 %
Kosovo	2 305	39,6 %	0	0,0 %	1 687	40,6 %	534	40,4 %
Albanien	1 834	567	6	33,3 %	1 238	31,8 %	518	165
Bosnien und Herzogowina	1 103	403	4	100,0 %	572	42,0 %	483	158
Ghana	460	171	3	66,7 %	279	134	73	26
Montenegro	258	101	0	0,0 %	143	57	109	41
Senegal	241	118	1	100,0 %	111	68	107	44

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Staatsangehörigkeit 01.01.-31.12.2024 Stand 15.02.2025	ablehnende Entscheidungen		
		davon beklagt	Anteil
Gesamt	167 640	98 472	58,7 %
darunter:			
Syrien	15 964	5 723	35,8 %
Türkei	40 964	30 383	74,2 %
Afghanistan	10 866	5 280	48,6 %
Irak	8 821	6 210	70,4 %
Russische Föd.	7 588	4 058	53,5 %
Iran	5 665	4 329	76,4 %
Georgien	6 044	3 663	60,6 %
Somalia	1 977	1 168	59,1 %
Kolumbien	4 986	4 140	83,0 %
Ungeklärt	1 874	962	51,3 %
Nordmazedonien	3 809	1 554	40,8 %
Eritrea	914	550	60,2 %
Venezuela	2 987	2 677	89,6 %
Tunesien	3 511	1 565	44,6 %
Algerien	3 316	992	29,9 %
Serbien	2 726	1 007	36,9 %
Moldau, Republik	2 501	620	24,8 %
Kosovo	2 291	912	39,8 %
Albanien	1 821	567	31,1 %
Bosnien und Herzegowina	1 101	403	36,6 %
Ghana	434	171	39,4 %
Montenegro	256	101	39,5 %
Senegal	235	116	49,4 %

- c) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl (bitte nach [Bundes-, Ober-]Verwaltungsgerichten differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Gericht Stand: 15.02.2025	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	136 271
Bundesverwaltungsgericht	35
VGH Baden-Württemberg	42
VG Freiburg	2 508
VG Karlsruhe	2 636
VG Sigmaringen	2 664
VG Stuttgart	4 986
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	27
VG Ansbach	2 259
VG Augsburg	1 221
VG Bayreuth	1 090
VG München	5 448
VG Regensburg	1 900
VG Würzburg	1 360
Bayerischer VGH - Außenstelle Ansbach	15

Gericht Stand: 15.02.2025	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
OVG Berlin-Brandenburg	73
VG Berlin	11 501
VG Cottbus	1 257
VG Frankfurt / Oder	1 501
VG Potsdam	3 022
OVG der Freien Hansestadt Bremen	12
VG Bremen	1 243
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	8
VG Hamburg	2 623
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	20
VG Darmstadt	3 236
VG Frankfurt/Main	1 788
VG Kassel	1 198
VG Wiesbaden	1 556
VG Gießen	3 713
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	53
VG Braunschweig	2 760
VG Hannover	4 570
VG Oldenburg	5 027
VG Osnabrück	1 590
VG Stade	1 759
VG Lüneburg	1 245
VG Göttingen	1 426
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	298
VG Aachen	2 795
VG Arnberg	5 305
VG Düsseldorf	6 325
VG Gelsenkirchen	3 744
VG Köln	4 917
VG Minden	3 362
VG Münster	3 208
OVG Rheinland-Pfalz	43
VG Trier	3 311
OVG des Saarlands	-
VG des Saarlandes	855
Schleswig-Holsteinisches OVG	41
VG Schleswig-Holstein	4 696
OVG Sachsen-Anhalt	1
VG Magdeburg	898
VG Halle	930
Thüringer Oberverwaltungsgericht	88
VG Gera	373
VG Meiningen	879
VG Weimar	1 939
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	36
VG Chemnitz	4 063
VG Dresden	4 013
VG Leipzig	3 431
OVG Mecklenburg-Vorpommern	15

Gericht Stand: 15.02.2025	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
VG Greifswald	1 057
VG Schwerin	2 276

- d) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im Jahr 2024 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags bzw. Wiederaufgreifensantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Positive Entscheidungen aufgrund einer Gerichts- und Abhilfeentscheidung.

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2024			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	10 923	6 913	4 010
davon			
Syrien	754	304	450
Türkei	1 414	750	664
Afghanistan	837	394	443
Irak	1 284	987	297
Russische Föderation	397	202	195
Iran	1 467	1 041	426
Georgien	116	59	57
Somalia	358	198	160
Kolumbien	15	13	2
Ungeklärt	374	292	82
Nordmazedonien	20	10	10
Eritrea	254	192	62
Venezuela	251	207	44
Tunesien	39	16	23
Algerien	27	15	12

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen.

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2024	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	4 158
davon	
Syrien	853
Türkei	126
Afghanistan	1 750
Irak	238
Russische Föderation	95
Iran	290
Georgien	2
Somalia	181
Kolumbien	0
Ungeklärt	70
Nordmazedonien	2

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2024	
Staatsangehörigkeit	Summe
Eritrea	31
Venezuela	8
Tunesien	3
Algerien	7

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen.

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2024	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	343
davon	
Syrien	1
Türkei	0
Afghanistan	103
Irak	13
Russische Föderation	0
Iran	10
Georgien	0
Somalia	30
Kolumbien	0
Ungeklärt	11
Nordmazedonien	5
Eritrea	2
Venezuela	7
Tunesien	2
Algerien	1

- e) Wie viele gerichtliche Entscheidungen im Eilverfahren gab es im Jahr 2024 zu Asylsuchenden, denen bereits in einem anderen Mitgliedstaat Schutz gewährt worden war, und mit welchem Ergebnis (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Entscheidungen in Eilverfahren – Schutzgewährung in einem anderen Mitgliedstaat (MS) nach § 29 Abs 1 Nr. 2 AsylG.

Zeitraum: 01.01. – 30.09.2024 (Stand: 15.11.2024)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	3 057	2 957	6 014
Syrien	1 427	1 434	2 861
Afghanistan	1 022	582	1 604
Ungeklärt	132	289	421
Somalia	188	129	317
Irak	70	244	314
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	10	110	120
Jemen	35	40	75
Nigeria	38	24	62
Iran	31	18	49
Eritrea	20	11	31

- f) Wie lauten die differenzierten Angaben des BAMF zu der Kategorie der „sonstigen Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen für das Jahr 2024 (bitte wie in der Antwort zu Frage 19f auf Bundestagsdrucksache 20/4019 darstellen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Sonstige Verfahrenserledigungen	2024
Keine Schutzgewährung festgestellt	48 455
Schutzgewährung offen	6 655
Schutzgewährung	2 400
Summe	57 510

- g) Wie hoch war die gerichtliche Aufhebungsquote im Jahr 2023 bzw. 2024, wenn auch sonstige Erledigungen der Kategorie „Schutzgewährung“ und „Schutzgewährung offen“ hinzugezählt werden?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr	Gerichtsentscheidungen (Klagen, Berufungen, Revisionen)						Positive Entscheidungen		
	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Sonstige Verfahrenserledigungen		absolut	Anteil
						Schutzgewährung	Schutzgewährung offen		
2023	92 184	287	3 473	1 076	3 443	3 367	7 800	19 446	21,1 %
2024	95 701	204	3 149	1 055	2 435	2 400	6 655	15 898	16,6 %

- h) Wie hoch waren die Kosten, die dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2024 aufgrund verlorener Asylgerichtsverfahren entstanden sind (bitte Gesamtkosten nennen und zudem nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Die Gesamtkosten aller (auch ggf. teilweise) verlorenen Asyl-Gerichtsverfahren im Jahr 2024 belaufen sich auf 13 644 851,83 Euro.

Die Kosten, die dem BAMF bezüglich der zehn wichtigsten Herkunftsländer im Jahr 2024 entstanden sind, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Herkunftsland	Ausgaben
Syrien	2 882 101,75 Euro
Afghanistan	1 868 292,46 Euro
Türkei	1 452 940,65 Euro
Irak	1 094 269,49 Euro
Somalia	442 958,82 Euro
Iran	1 381 815,17 Euro
Ungeklärt	371 573,90 Euro
Russische Föderation	402 842,97 Euro
Kolumbien	13 572,06 Euro
Eritrea	235 069,53 Euro

Hinweise: Die in der Tabelle angegebenen Zahlen beziehen sich immer auf die jeweiligen Gesamtkosten, also alle Instanzen.

- i) Welche Verwaltungsgerichte wiesen im Jahr 2024 bei Asylklagen Aufhebungsquoten (erfolgreiche Klagen Asylsuchender gegen das BAMF) auf, die weniger als halb so hoch waren wie im Bundesdurchschnitt (bitte zu den Herkunftsstaaten Afghanistan, Äthiopien, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Somalia und Türkei jeweils alle Verwaltungsgerichte auflisten, die dieses Kriterium erfüllen, soweit mehr als 25 Entscheidungen zum jeweiligen Herkunftsland getroffen wurden, in jedem Fall jedoch alle Entscheidungen des VG Gera berücksichtigen, und entsprechende absolute und relative Zahlenangaben zu den Verfahrensausgängen machen)?

Die Angaben für das Jahr 2024 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (Hinweis: das Verwaltungsgericht Gera wird nur bei den Staatsangehörigkeiten genannt, bei denen Gerichtsentscheidungen im Zeitraum vorlagen).

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Afghanistan	VG Gesamt	5 770	3	180	21	174	378	6,6 %
	darunter:							
	VG Chemnitz	31	0	0	0	1	1	3,2 %
	VG Osnabrück	65	0	1	0	1	2	3,1 %
	VG Stuttgart	229	0	5	0	2	7	3,1 %
	VG Greifswald	147	0	3	0	1	4	2,7 %
	VG Aachen	112	0	0	0	3	3	2,7 %
	VG Braunschweig	64	0	1	0	0	1	1,6 %
	VG Sigmaringen	146	0	0	0	2	2	1,4 %
	VG Münster	94	0	1	0	0	1	1,1 %
	VG Augsburg	197	0	1	0	1	2	1,0 %
	VG Gelsenkirchen	123	0	0	0	1	1	0,8 %
	VG Karlsruhe	121	0	0	0	0	0	-
	VG Lüneburg	35	0	0	0	0	0	-
	VG Cottbus	28	0	0	0	0	0	-
	VG Ansbach	34	0	0	0	0	0	-
	VG Kassel	117	0	0	0	0	0	-
VG Oldenburg	81	0	0	0	0	0	-	
Äthiopien	VG Gesamt	893	1	18	7	81	107	12,0 %
	darunter:							
	VG Regensburg	121	1	3	0	1	5	4,1 %
	VG Frankfurt/Main	105	0	0	0	4	4	3,8 %
	VG München	33	0	1	0	0	1	3,0 %
VG Gießen	68	0	1	0	1	2	2,9 %	

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentcheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Irak	VG Gesamt	9 145	9	236	100	563	908	9,9 %
	darunter:							
	VG Magdeburg	83	0	2	1	1	4	4,8 %
	VG Münster	274	1	1	6	5	13	4,7 %
	VG Düsseldorf	580	0	6	2	17	25	4,3 %
	VG Augsburg	563	0	5	7	12	24	4,3 %
	VG Bayreuth	118	0	5	0	0	5	4,2 %
	VG Arnberg	352	0	3	0	10	13	3,7 %
	VG Kassel	194	0	1	0	6	7	3,6 %
	VG Sigmaringen	142	0	0	0	5	5	3,5 %
	VG Oldenburg	175	0	0	0	6	6	3,4 %
	VG Lüneburg	40	0	0	0	1	1	2,5 %
	VG Ansbach	158	0	2	0	0	2	1,3 %
	VG Leipzig	28	0	0	0	0	0	-
VG Trier	150	0	0	0	0	0	-	
VG Osnabrück	175	0	0	0	0	0	-	

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentcheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Iran	VG Gesamt	4 301	48	856	44	46	994	23,1 %
	darunter:							
	VG Karlsruhe	46	0	5	0	0	5	10,9 %
	VG Berlin	157	0	14	1	2	17	10,8 %
	VG Düsseldorf	247	0	24	1	1	26	10,5 %
	VG Regensburg	146	1	12	1	1	15	10,3 %
	VG Ansbach	216	1	12	7	0	20	9,3 %
	VG Meiningen	38	0	2	0	1	3	7,9 %
	VG Schleswig-Holstein	301	1	16	3	1	21	7,0 %
	VG Gelsenkirchen	143	0	8	0	0	8	5,6 %
VG Frankfurt/Main	36	0	0	0	1	1	2,8 %	

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentcheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Nigeria	VG Gesamt	2 841	2	36	12	240	290	10,2 %
	darunter:							
	VG München	660	0	2	1	30	33	5,0 %
	VG Ansbach	45	0	2	0	0	2	4,4 %
	VG Gera	27	0	0	0	1	1	3,7 %
	VG Braunschweig	33	0	0	0	1	1	3,0 %
	VG Schleswig-Holstein	33	0	1	0	0	1	3,0 %
	VG Arnberg	123	0	0	0	0	0	-
	VG Augsburg	61	0	0	0	0	0	-
	VG Kassel	39	0	0	0	0	0	-
	VG Trier	44	0	0	0	0	0	-
VG Karlsruhe	91	0	0	0	0	0	-	
Pakistan	VG Gesamt	1 751	7	271	1	31	310	17,7 %
	darunter:							
	VG Hannover	28	0	2	0	0	2	7,1 %
	VG Stuttgart	32	0	2	0	0	2	6,3 %
	VG München	37	0	0	0	2	2	5,4 %
	VG Frankfurt/Oder	43	0	1	0	1	2	4,7 %
VG Dresden	57	0	0	1	0	1	1,8 %	

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentcheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Russische Föderation	VG Gesamt	3 619	3	63	88	62	216	6,0 %
	darunter:							
	VG Arnberg	71	0	2	0	2	2,8 %	2
	VG Frankfurt/Main	80	0	1	0	2	2,5 %	1
	VG Weimar	92	0	0	1	2	2,2 %	0
	VG Gelsenkirchen	48	0	0	1	1	2,1 %	0
	VG Schleswig-Holstein	243	0	1	0	4	1,6 %	1
	VG Magdeburg	61	0	1	0	1	1,6 %	1
	VG Schwerin	53	0	0	0	0	0	-
	VG Minden	72	0	0	0	0	0	-
	VG Trier	76	0	0	0	0	0	-
	VG Lüneburg	30	0	0	0	0	0	-
	VG Halle	39	0	0	0	0	0	-
	VG Gießen	40	0	0	0	0	0	-
	VG Leipzig	62	0	0	0	0	0	-
VG Göttingen	31	0	0	0	0	0	-	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Somalia	VG Gesamt	1 505	0	29	17	152	198	13,2 %
	darunter:							
	VG Gera	11	0	0	0	2	2	18,2 %
	VG Trier	81	0	2	0	2	4	4,9 %
	VG Minden	50	0	0	0	2	2	4,0 %
	VG Hamburg	40	0	0	0	1	1	2,5 %
	VG Gießen	37	0	0	0	0	0	-
Türkei	VG Würzburg	199	0	0	0	0	0	-
	VG Gesamt	16 707	66	616	40	71	793	4,7 %
	darunter:							
	VG Gießen	777	2	10	0	3	15	1,9 %
	VG Hamburg	329	0	5	0	1	6	1,8 %
	VG Braunschweig	146	0	1	0	1	2	1,4 %
	VG Würzburg	174	0	1	1	0	2	1,1 %
	VG Halle	88	0	1	0	0	1	1,1 %
	VG Ansbach	1 107	0	9	0	1	10	0,9 %
	VG Augsburg	479	1	0	0	0	1	0,2 %
	VG Regensburg	76	0	0	0	0	0	-
VG Chemnitz	186	0	0	0	0	0	-	
VG Bayreuth	28	0	0	0	0	0	-	

25. Wie viele Asylanhörungen gab es im Jahr 2024 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Anhörungen im Jahr 2024	Anzahl
Gesamt	171 908
darunter:	
Syrien	59 863
Afghanistan	27 327
Türkei	25 411
Irak	4 450
Iran	4 425
Somalia	4 036
Kolumbien	3 367
Venezuela	2 451
Russische Föderation	2 381
Guinea	2 329
Georgien	2 299
Ungeklärt	2 129
Tunesien	1 837
Eritrea	1 824
Algerien	1 743

26. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im Jahr 2024 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	Jahr 2024			Entscheidungen über Asylanträge						
	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Artikel 16a GG und Famil. asyl)	Gewährung von Flüchtl.-schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungs- verbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgeleh./offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	2 275	1 198	1 077	2 735	3	1	-	5	1 483	1 243
davon Roma	1 909	940	969	2 295	3	1	-	2	1 185	1 104
Kosovo	2 305	1 665	640	2 305	-	2	2	10	1 687	604
davon Roma	957	660	297	954	-	-	-	2	683	269
Nordmazedonien	2 817	1 411	1 406	3 817	-	-	1	7	2 049	1 760
davon Roma	1 868	905	963	2 397	-	-	-	4	1 261	1 132
Montenegro	227	113	114	258	-	-	-	2	143	113
davon Roma	183	76	107	210	-	-	-	1	106	103
Albanien	1 439	962	477	1 834	-	2	6	5	1 244	577
davon Roma	527	321	206	601	-	-	-	1	388	212
Bosnien und Herzegowina	904	461	443	1 103	-	1	1	-	576	525
davon Roma	741	358	383	905	-	1	-	-	455	449

27. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im Jahr 2024 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde im Jahr 2023 bzw. im Jahr 2024 ein Aufenthaltstitel an Asylsuchende mit einem (vorherigen) Wiedereinreiseverbot erteilt (bitte nach Titel und wichtigsten Herkunftstaaten differenzieren)?

In wie vielen Fällen ein Aufenthaltstitel an Asylsuchende mit einem Wiedereinreiseverbot erteilt wurde, lässt sich nicht belastbar ermitteln. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr 2024	Entscheidungen zu § 11 Abs. 1 AufenthG	Entscheidungen zu § 11 Abs. 7 AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthaltstitel- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 Abs. 1 und/oder § 11 Abs. 7 AufenthG)
Gesamtergebnis	137 627	14 730	140 003
darunter			
Syrien	12 586	4	12 589
Afghanistan	9 107	23	9 130
Türkei	35 318	76	35 382

Jahr 2024	Entscheidungen zu § 11 Abs. 1 AufenthG	Entscheidungen zu § 11 Abs. 7 AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthalt- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 Abs. 1 und/oder § 11 Abs. 7 AufenthG)
Irak	7 329	76	7 387
Somalia	1 555	13	1 568
Iran	4 924	36	4 956
Ungeklärt	1 552	19	1 562
Russische Föd.	6 337	55	6 380
Kolumbien	4 708	8	4 715
Eritrea	601	4	605

28. In wie vielen Fällen wurde das BAMF im Jahr 2024 bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zur Beteiligung des BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2024	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	1 557	275	677	605
darunter:				
Baden-Württemberg	188	35	85	68
Bayern	178	37	51	90
Berlin	235	32	126	77
Brandenburg	13	0	8	5
Bremen	12	0	4	8
Hamburg	110	34	32	44
Hessen	110	17	35	58
Mecklenburg-Vorpommern	17	4	4	9
Niedersachsen	57	6	23	28
Nordrhein-Westfalen	409	60	203	146
Rheinland-Pfalz	40	15	8	17
Saarland	39	4	22	13
Sachsen	88	24	37	27
Sachsen-Anhalt	15	5	7	3
Schleswig-Holstein	34	2	23	9
Thüringen	12	0	9	3

Jahr 2024	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	1 557	275	677	605
darunter:				
Syrien	120	56	7	57
Afghanistan	168	52	10	106
Türkei	116	2	93	21
Irak	42	13	14	15
Somalia	11	1	2	8
Iran	42	6	18	18
Ungeklärt	14	3	7	4
Russische Föderation	78	4	43	31
Kolumbien	3	0	2	1
Eritrea	9	2	3	4

29. Wie ist der aktuelle Stand des Aufbaus einer bundesweiten behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung, an welchen BAMF-Standorten gibt es keine bundesgeförderte unabhängige Asylverfahrensberatung, und wie wird dort ein unabhängiges Beratungsangebot jeweils sichergestellt (bitte nach Standorten differenzieren)?

Nachdem die Implementierung der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung mit Ablauf der Jahre 2023/2024 grundsätzlich abgeschlossen worden ist, sind für den Förderzeitraum 2025 neben Projektfortführungen der Jahre 2023/2024 weitere Projektförderungen beantragt worden.

Die Anzahl der Anträge gemäß § 12a AsylG beläuft sich für den Förderzeitraum 2025, einschließlich der sechs Zentralstellenanträge, auf 230. Aktuell befinden sich die Förderanträge für den Förderzeitraum 2025 in der Vorprüfung.

Im Vergleich zum Jahr 2023, in dem ca. 33 000 Personen die Asylverfahrensberatung in Anspruch genommen haben, war im Jahr 2024 ein Anstieg der Inanspruchnahme der Asylverfahrensberatung auf ca. 75 000 Personen zu verzeichnen.

Im Jahr 2024 wurden alle BAMF-Standorte (bis auf drei), die Asylanträge bearbeiten, von Projekten der Asylverfahrensberatung abgedeckt. Die Asylverfahrensberatung an den Standorten Düsseldorf und Mönchengladbach wurde durch landesgeförderte Beratungsprojekte sichergestellt. Für den Standort Deggenedorf wurde auch nach intensiver Suche kein geeigneter Träger gefunden, der die Aufgabe wahrnehmen wollte.

30. Ist die Prüfung und Auswertung des Urteils des EuGH vom 17. Oktober 2024 in der Rechtssache C-156/23 inzwischen erfolgt (vgl. Antwort zu Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 20/14272), wenn nein, warum nicht, welchen ungefähren Zeitraum wird die Bundesregierung benötigen, um dies zu tun, wenn ja, welche konkreten Schlussfolgerungen wurden oder werden hieraus gezogen (bitte so genau wie möglich darlegen), und hält die Bundesregierung insbesondere Änderungen des Rechts und der Praxis der Zusammenarbeit von Ausländerbehörden und dem BAMF für erforderlich (bitte darlegen und begründen)?

Die Bundesregierung hat die Prüfung des Urteils abgeschlossen und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sich aus diesem eine Verpflichtung für nationale Be-

hören und Gerichte, die mit der Ablehnung eines Aufenthaltstitels befasst sind, ergibt, eine drohende Verletzung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung eigenständig, umfassend und aktualisiert zu prüfen.

Eine Änderung des Rechts ist aus Sicht der Bundesregierung nicht erforderlich.

Das BAMF prüft den Grundsatz der Nichtzurückweisung bereits beim internationalen Schutz und – soweit es um Kettenabschiebungen geht – bei § 60 Abs. 5 AufenthG in Verbindung mit Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). In aufenthaltsrechtlichen Verfahren erfolgt eine Beteiligung des BAMF nur unter den engen Voraussetzungen des § 72 Abs. 2 AufenthG, die hier nicht erfüllt sind, da es um die Rückkehrentscheidung geht. Nach Unanfechtbarkeit einer Asylentscheidung besteht eine eigenständige Prüfpflicht der Ausländerbehörden bezüglich der Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung aus Art. 5 der Rückführungsrichtlinie.

31. Welche Angaben für das Jahr 2024 lassen sich zu überprüfen (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender machen (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben für das Jahr 2024 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Top 10 der Herkunftsländer	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in Prozent
Summe	259 490	254 312	5 178	2,0
darunter				
Syrien	110 805	108 364	2 441	2,2
Afghanistan	51 542	49 917	1 625	3,2
Türkei	30 934	30 767	167	0,5
Irak	10 698	10 578	120	1,1
Somalia	1 192	1 151	41	3,4
Iran	7 572	7 537	35	0,5
Ungeklärt	3 102	3 102		0,0
Russische Föd.	5 254	5 210	44	0,8
Kolumbien	5 575	5 552	23	0,4
Eritrea	1 768	1 751	17	1,0

32. Welche Mittel in welcher Höhe wurden an wie viele Asylsuchende oder abgelehnte Asylsuchende (bitte auch nach den zehn wichtigsten Zielländern differenzieren) nach dem „StarthilfePlus“-Programm im Jahr 2024 ausgezahlt?

Im Jahr 2024 haben insgesamt 4 259 Personen eine Reintegrationsunterstützung im Rahmen von StarthilfePlus erhalten. Die Höhe der ausgezahlten Fördermittel beläuft sich dabei auf insgesamt 2 092 060,08 Euro. Die Gesamtsumme umfasst sowohl Auszahlungen für 1 631 Personen, die im Jahr 2024 ausgereist sind, als auch Auszahlungen für 2 628 Personen, die bereits im Jahr 2023 ausgereist sind. Dies begründet sich darin, dass das Programm im Rahmen der Reintegration im Zielland teilweise eine Auszahlung der Fördermittel von sechs bis acht Monaten nach freiwilliger Rückkehr vorsieht.

Eine Darstellung der ausgezahlten Fördermittel, differenziert nach Förderart und aufgeschlüsselt nach den zehn wichtigsten Zielländern, kann der nachstehenden Tabelle** entnommen werden (Quelle: Internationale Organisation für Migration-IOM). Eine Differenzierung, ob Leistungen an Asylsuchende oder abgelehnte Asylsuchende gezahlt wurden, ist nicht möglich. Durch die REAG/GARP-Antragsübernahme in 2024 durch das BAMF liegen der IOM die entsprechenden statistischen Daten hierzu nicht mehr vor.

	Geförderte Personen	2. Starthilfe (in €)*	Wohnen (in €)*	Stufe D Wohnen und Medizin (in €)*	Ausgezahlte Mittel (in €)
Türkei	1 461	510 360,75	0,00	0,00	510 360,75
Russische Föd.	625	386 666,67	0,00	0,00	386 666,67
Irak	552	226 400,00	0,00	0,00	226 400,00
Kolumbien	247	154 908,81	0,00	0,00	154 908,81
Aserbaidschan	218	0,00	207 183,64	0,00	207 183,64
Armenien	152	73 999,96	0,00	0,00	73 999,96
Iran	150	0,00	155 076,88	0,00	155 076,88
Libanon	88	0,0	39 107,93	0,00	39 107,93
Tadschikistan	67	32 796,85	0,00	0,00	32 796,85
China	31	31 000,00	0,00	0,00	31 000,00
Gesamt	4 259	1 682 973,98	402 354,92	6 731,18	2 092 060,08

*Hinweise: Im Rahmen des StarthilfePlus-Programms erhalten Rückkehrende Reintegrationshilfen in drei verschiedenen Kategorien, die je nach Zielland, in das sie zurückkehren, variieren:

- (1) Personen, die förderfähig für eine 2. Starthilfe sind, erhalten eine finanzielle Unterstützung, frühestens sechs bis acht Monate nach der Rückkehr.
- (2) Personen, die förderfähig für Wohnhilfen sind, erhalten Sachleistungen im Bereich Wohnen. Die Gewährung der Wohnhilfen erfolgt innerhalb von bis zu zwölf Monaten nach der Rückkehr.
- (3) Personen, die förderfähig für Stufe D sind, erhalten eine Kombination aus Sachleistungen (Bereiche Medizin und Wohnen) und finanzieller Unterstützung. Aufgrund der Programmvorgaben ist die Zahl der Rückkehrenden, die als Stufe D förderfähig eingestuft wurden, gering, weshalb sie in der Übersicht der 10 häufigsten Länder nicht vorkommen. (Quelle: IOM/BAMF)

**Dargestellt sind die zehn wichtigsten Zielländer, beginnend mit dem Land mit der höchsten Anzahl an ausgereisten Personen, für die im Jahr 2024 Auszahlungen vorgenommen wurden sowie die Gesamtförderungen im Rahmen von StarthilfePlus in 2024.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.